

Erhöhung waren sie noch nicht gleichgestellt mit den Löhnen, welche die in Frage kommende Konkurrenzfirma ihren Arbeitern gewährte. Diese Erhöhung war schon durch die früher eingesehene Lebensmittelpreiserhöhung und die immer mehr in die Höhe steigenden Materialpreise vollständig wett gemacht. Es waren Forderungen eingereicht worden, lautend auf Verbilligung der Arbeitszeit, unter Einräumung von Frühstücks- und Vesperpausen, einem 25prozentigen Zuschlag auf Nachtarbeit. Hierbei wurde die schädigende Wirkung der Nachtarbeit hervorgehoben. Die Firma versetzte sich hinter einen angeblichen Ausschussrat. Es war auch seitens der Firma erklärt worden, daß, ehe sie den Zuschlag von 25 Proz. für Nachtarbeit gebe, lieber die Nachtarbeit in ihrem Betriebe gänzlich einstellen würde. Auch wurde von der Firma gewünscht, daß sich die Arbeiterschaft darüber äußere, ob sie an dem Zuschlag für Nachtarbeit festhalte, oder ob sie gewillt sei, die Nachtarbeit aufzugeben. Die Arbeiter selbst brachten sich hierbei nicht lange auseinander; die Schädlichkeit der Nachtarbeit an ihrem Körper verspürend, teilten sie der Firma mit, daß sie der Aufhebung der Nachtarbeit den Vorschlag gaben.

Der angebliche Ausschussrat trat nun in Aktion, und zwar in Form einer Zusammenkunft sämtlicher Tüllindustriellen. Hier wurde nun über die Forderungen der Arbeiterschaft von David Richter beraten. Bei dieser Gelegenheit war Herr Richter wahrscheinlich der Kopf ordentlich gewaschen worden, weil er seinen Arbeitern die Aufhebung der Nachtarbeit empfohlen hatte. Ein Schreiben, welches von Seiten der Firma nach dieser Sitzung an die Arbeiter gerichtet worden war, legt davon bezeugtes Zeugnis ab. In diesem Schreiben wurde darauf hingewiesen, daß eine Zusammenkunft sämtlicher Tüllfabrikanten stattgefunden habe. Das Ende dieser Unterredung war, daß sich sämtliche Fabrikanten solidarisch erklärten und Herrn Richter beauftragten, nicht etwa die Konkurrenz aus seinem Versprechen zu ziehen, sondern die Forderungen der Arbeiter mit Ausnahme einer kleinen Erhöhung der Nachtlohn abzulehnen. Auch die einzige Forderung der ungenügenden Lohnzahlung wurde mit der Motivierung, daß sich daraus zu viel Arbeit für die Angestellten ergebe, abgelehnt. Gleichzeitlich verpflichteten sich die Unternehmer, keinen der bei David Richter beschäftigten Arbeiter in ihren Betrieben aufzunehmen.

Es war somit die Sperre über die Arbeiterschaft von Seiten der Unternehmer erfolgt. Die Folge davon war, daß nun die Arbeiter ihrerseits dem Terrorismus der Unternehmer entgegenzutreten mußten, und sie verhängten die Sperre über den Betrieb. Um die Sperre nun auch wirksam zu lassen, beschloß die gut organisierte Arbeiterschaft, auch der Anklörung weiterer Tüllweber Abstand zu nehmen. Auch auf den Zug hatte sie ein wachsames Auge, und es gelang, Anzünmlinge fernzuhalten.

Das weitere war, daß die Firma unter einem Mangel an Arbeitern zu leiden anfing und nun immer gereizter gegen die Arbeiter auftrat. Als eines Tages wieder ein neu angenommener Weber diese Stelle verließ, entließ man ganz einfach drei Arbeiter. Diese sollten den Weber ersetzen haben, den Betrieb zu verlassen, obwohl die Firma nicht den Schein eines Beweises hierfür erbringen konnte. Sie merkte wohl auch, daß sie zu weit gegangen sei, denn man zog noch zu derselben Stunde die Entlassung zurück und suspendierte die drei Mann auf eine bestimmte Zeit. Als Grund wurde jetzt nicht mehr die Beeinträchtigung des Webers angegeben, sondern es hieß nun, die Suspendierung bleibe so lange aufrecht erhalten, bis die von Seiten der Arbeiterschaft verhängte Sperre zurückgezogen werde. Es wurden auch die Arbeiter in der schärfsten Weise beleidigt und als „Auffällige Motte“ bezeichnet. Daß die Arbeiter durch eine solche Behandlungsweise gereizt wurden, wird jeder verständlich finden. Sie erklärten sich mit den drei Bewährungsregeln solidarisch, und legten infolge einer geheimen Abstimmung geschlossen die Arbeit nieder, um die Wiedereinstellung der drei Bewährten zu erwirken.

Es wurde der Firma ein Einigungsantrag überreicht. Es darauf erhielt der Arbeiterausschuß die Antwort auf denselben, und zwar in der Form einer Strafvorordnung, wie sie für ein Justizhaus passen kann, aber nicht für freie Arbeiter. Es war der Arbeiterschaft vor allen Dingen daran gelegen, alles in Ruhe und Frieden zu regeln. Bei den folgenden Verhandlungen zog man die gegenseitig verhängte Sperre zurück, und es lag der Wiedereinstellung der Arbeit nichts mehr im Wege. Selbst hatte sich die erwähnte Strafvorordnung wie ein Stein bewiesen. Hierzu wurde von der Firma die Erklärung abgegeben, daß alles beim alten bleiben solle, daß die Bestimmungen lediglich auf dem Papier ständen. Die Arbeiter glaubten diesen Versprechungen um so eher, als bereits auf der alten Strafvorordnung viele Strafbestimmungen standen, die nicht angewandt wurden. Da auch sämtliche Beteiligten wieder eingestellt werden sollten, wurde um des Lieben Preisens willen die Arbeit aufgenommen.

Die Arbeiter hatten aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Bei der zweiten Lohnzahlung kamen Strafen in Höhe bis zur Höhe von über 10 Mk. Die von diesen hohen Strafen betroffenen Arbeiter wurden vorstellig; man hieß den Arbeitern nichts von ihren

angebliebenen Fehlern gesagt. So ließ sich die Firma herbei, die Strafen der am höchsten Betroffenen herabzusetzen. Später ging man unter dem Druck der Verhältnisse — die Presse hatte auf die Ungefälligkeit dieser Handlungsweise hingewiesen — dazu über, noch einmal die abgezogenen Strafen zurückzugeben. Aber man setzte nun doch seinen Kopf durch und schickte den Arbeitern an, daß jetzt unter allen Umständen auf die Befolgung der Strafbestimmungen gesehen werde. Jede Verletzung der einzelnen Bestimmungen zöge die dafür angelegte Strafe unabwendbar nach sich. Ein Vorbehalt in dieser Verordnung war, daß Herr Richter keinen Unterschied zwischen Organisierten und Inorganisierten kennen wollte, und auch einen solchen von Seiten der Arbeiter nicht gemacht zu haben wünschte. Jede Verletzung eines Mitarbeiters zöge die sofortige Entlassung des Schuldigen nach sich. Ein anderer Vorbehalt lautete, daß sich die Firma das Recht vorbehalte, Befehle anzuordnen zu lassen gegen Verletzung des Durchschneidewerdes. Daß unter einer bis aufs Kleinste ausgearbeiteten Strafvorordnung niemand die Lust verspürte, in diesem Eldorado nach Arbeit anzutreten, und diejenigen, welche darin beschäftigt waren, es vorzogen, den Staub von den Füßen zu schütteln, wird niemand in Erfahrung bringen. Die Firma wunderte sich, daß immer mehr ihrer Maschinen zum Stillstand kamen, und sie suchte nun nach Mitteln, diesem Arbeitermangel abzuhelfen, aber nicht etwa durch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sondern dadurch, daß sie nun von ihrem Recht Gebrauch machte, Befehle anzuordnen zu lassen.

Ein im Betrieb beschäftigter Inorganisierte erhielt einen Zuschlag zum Anlernen auf 100. Dieser Zuschlag, dem es unter diesen Arbeitsverhältnissen wohl auch nicht besagt haben mag, ging eines Tages nach Crimmitschau in Stellung. Es wurde nun herumgeschickelt, und man glaubte die Wahrnehmung gemacht zu haben, daß ein Arbeiterauschmittglied den betreffenden Kollegen, welcher den Weber anmerkte, auf das Unsolbbarische seiner Handlungsweise aufmerksam gemacht haben soll. Soweit handelt es sich um Angaben der Direktion. Trotzdem auch nicht der Schatten eines Beweises erbracht wurde, daß sich der betreffende Tüllweber heillos gefühlt hat, wurde er von der Direktion als befristet bezeichnet, und die sofortige Entlassung des vermeintlich Schuldigen war die Folge.

In der darauffolgenden Fabrikbesprechung, zu der der Direktor Teuchner seitens der Firma, Gauweiler Reichelt sowie der Streikführer dieses mit anwesend war, wurden vom Kollegen Reichelt Verhandlungen in verschiedener Form angebahnt, aber sie scheiterten alle an der Großmuthlosigkeit des Herrn Direktors. Ueberhaupt war die ganze Art seines Auftretens eine die Arbeiterschaft provozierende. Zuletzt ergab er sich in rein geistlichen persönlichen Beschuldigungen gegen Reichelt, die, wenn sie in entgegengekehrter Richtung gefallen wären, gewiß ein gerichtliches Nachspiel haben würden.

Die Arbeiterschaft beschloß Tags darauf in einer Versammlung durch geheime Abstimmung einstimmig, in den Streik zu treten, und zwar aus dem Grunde, weil es sich hier nicht um eine einzelne Person handelte, und weil sich hier die Arbeiterschaft nicht ernstlich rührte, alle Arbeiterauschmittglieder auf die Straße gesetzt und unsere Organisation gestört werden könnte.

Der Streik dauert bereits 6 Wochen, aber die Arbeiter haben sich noch nicht in ihrer Ruhe und Siegeszuversicht erschüttern lassen. Friedfertig, wie sie nun einmal sind, haben sie, bereits im Kampfe stehend, die Hand zum Frieden geboten. Anfangs der dritten Streikwoche haben sie das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen. Von Seiten der Firma war Direktor Teuchner anwesend, aber man hatte bereits vorher dem Gewerbeamt ein Schreiben unterbreitet, nach dem die Firma gewillt sei, die Arbeit aufzunehmen zu lassen. Dieses Schreiben enthält aber Bestimmungen, die die erwähnten Bestimmungen der Arbeiterschaft rückföhrigen. Die Streitenden selbst hielten tags darauf am Vormittag eine Versammlung ab, wo ihnen genauer Bericht gegeben wurde. Da fand die Empfehlung der Arbeiter keine Grenzen; Entgegen einem Vorschlag des Zentralausschusses beschlossen die Streitenden mir allein gegen eine Stimme, weiter im Ausstand zu verharren. Trotzdem die Firma acht Tage lang in vielen Blättern Deutschlands Arbeitwilligkeit gesucht hat, blieb der erhoffte Zugzug aus. Außer den Westlern und 8-4 Arbeitwilligen, welche durch die Westler angelockt worden, haben sich noch keine Streikbrecher gefunden; von den Streitenden selbst ist noch keiner zum Streikbrecher geworden. Somit steht der Streik günstig.

Die „indische Gefahr“.

Seit einigen Wochen stehen in den bürgerlichen Nachschreibern der Textilindustrie Nachrichten wieder, welche davon zu erzählen wissen, daß die indische Kapitale der Baumwollindustrie den Versuch machen, indische Baumwollgarne in Deutschland und im übrigen Europa, namentlich aber in Oesterreich und England, zu verkaufen. Als Ursache dafür wurde zuerst angegeben, daß in China infolge der Hungersnot Handel und Wandel stode und

demzufolge mehr denn 100 Millionen Pfund unverkaufte indische Baumwollgarne in China lagerten. Als diese Tatsache bekannt wurde, lag für unsere Webwarenunternehmer, bei dem chronischen Garnmangel, der in Deutschland sowohl wie in Oesterreich und England herrscht, nichts näher, als die auf den chinesischen Märkten liegenden Garne zur Einbeziehung des Bedarfs heranzuziehen. Im Belieben des Weltverkehrs ist das eine sehr einfache Sache; Entfernungen spielen da keine Rolle. In wenigen Wochen kann das Garn, welches dort in China mühsig lagert, zur Verarbeitung an deutsche Textilarbeiter gelangen.

Wenn wir uns nun heute mit der Sache beschäftigen, so geschieht es deshalb, weil eine Reihe Unternehmerblätter aus dieser Angelegenheit den Versuch heranzuziehen, unter Umwidmung dieses indischen Konkurrenzfeldes für eine Lohnreduzierung Stimmung zu machen. Zum mindesten aber wird man kommen und auf die angebliche indische Konkurrenz hinweisen, wenn hier oder da Arbeiter irgendwelche Lohnforderungen stellen. Da sei denn gleich hier darauf hingewiesen, daß, wenn man dieses Schechgespenst irgendwo in Bewegung setzen sollte, die Kollegen nur freudig zugreifen müßten, um die dem Gewissen bei den Hals um zu drehen. Zunächst ist zu bemerken, daß es bereits einmal nur grobe Garne sind, welche hier in Betracht kommen. Dann aber, daß es sich nur um einen Gelegenheitskauf handelt. Dieser Gelegenheitskauf schadet aber den hiesigen Spinnereien nichts, da hier ein Garmangebot besteht, der nicht bald befristet werden kann. Nun wird zwar der Bericht des österreichischen Konsulats in Bombay zum Vorwurfe herangezogen, daß man sich in Indien mit dem Gedanken trage, da uernd Garne nach Europa zu exportieren. Es heißt da nämlich am Schluß des Konsulatsberichts:

„Durch die rasche Zunahme des Exportes indischer Baumwollgarne nach Europa und der asiatischen Märkte glauben sich die Bombayer Baumwollspinner zu der Annahme berechtigt, daß sie sich nicht allein vom dem unsicheren chinesischen Markt, von welchem sie bisher zum größten Teil abhängig waren, in erheblichem Maße werden emanzipieren können, sondern auch, daß der bisherige Export indischer Rohbaumwolle nach Europa nach und nach auf Kosten der europäischen Baumwollspinner ganz oder doch zum größten Teil durch indische Baumwollgarne zu ersetzen sei.“

Wir gehen da wohl nicht fehl, wenn wir diese Mitteilung als ein geschicktes Manöver der Garn verarbeitenden Unternehmer, oder auch als eine Drohung derselben bezeichnen, welche an die Arbeiter der Baumwollspinnereien gerichtet ist. Und das will uns sehr heilfam erscheinen. Denn wie die Dinge in den letzten zwei Jahren lagen, so kann es ja auf die Dauer nicht weiter gehen. Die Preispolitik der Spinnereien drohte für die übrigen Branchen der Textilindustrie zu einer großen Gefahr zu werden. Für die Webereien, Strickereien, Wollereien und Strickereien usw. ist das Garn das Rohmaterial. Diese Branchen hatten unter der bisherigen Preispolitik der Spinnereien schwer zu leiden. Hier schienen tatsächlich die Wäme in den Himmel zu wachsen, so schriebe man sich einmal ein Unternehmerfachblatt. Die Preise sollen doch im Verhältnis zu den Preisen der Rohmaterialien stehen; das war aber bei den Baumwollspinnereien in Bezug auf die Garnpreise, im Verhältnis zu den Preisen der Rohbaumwolle, nicht mehr der Fall. Unausführlich wurde hier die Schraube der Preissteigerung angezogen.

Daß dies auch für die Textilarbeiter nachteilig war, liegt auf der Hand; für einen Teil der Textilarbeiter war dies sogar doppelt nachteilig. Die in den Spinnereien arbeitenden Arbeiter kamen bei dieser Denaturierung ja nur als Konsumenten in Frage; andres dagegen diejenigen Arbeiter, welche in den Garn verarbeitenden Branchen oder in den Ausschreibern beschäftigt waren. Diese wurden durch die Preissteigerung bedrückt, da sie für ihre Waren, weil billigeres Material verarbeitet werden mußte, aber unter Hinweis auf die hohen Garnpreise, mit ihren berechtigten Forderungen auf Lohnreduzierung abgewiesen wurden.

Dann aber hat es sich wieder einmal gezeigt, wie die Worte von Karl Marx zutreffen, der schon vor Jahrzehnten den gefährlichen Charakter der privatkapitalistischen Produktionsweise betonte. Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung — sagt Marx — schlägt die kapitalistische Produktionsweise, die anfangs einen Fortschritt gegenüber der vorhergehenden Produktionsweise bedeutete, um in Hinfälligkeit, sie hemmt den Fortschritt, die weitere Entwicklung. Das geschieht dann allemal, wenn die Produktionsweise einzelner Berufe oder Berufsbezüge einen monopolistischen Charakter annimmt. Einen solchen monopolistischen Charakter hat die Spinnereindustrie in Deutschland angenommen. Durch die Gründung des Spinnereinganges wurde, wenn auch noch getrennt produziert, so doch bereits der Preis für die Produkte festgesetzt und die Produktion geregelt. Dieser monopolistische Charakter trat vor einigen Jahren noch deutlicher an die Oberfläche, als der Spinnereingang beschlossen, um die Garnpreise zu steigern, die Produktion einzuschränken.

Mutter Deichmann.

Die Mittagspause war zu Ende. Die Fabrikstraße lüfte durch die langen, jetzt noch ruhig daliegenden Räume der Tüllspinnerei und Weberei. Ein Schwarm von Menschen strömte herein. Junge Mädchen und Burtschen, Frauen und Männer verschiedenen Alters, aber alle mit dem gleichen Zug im Gesicht, der Sorge und Unterdrückung heißt.

Jeder eilt an seine Arbeitsstätte. Die Gänge werden wieder leerer, und schon erdnt auf neue die ewig machende Glocke des Kapitals. Die Transmissionsrollen setzen sich in Bewegung, die Reibriemen laufen schwarzend über die Räder, hier und da wird eine Maschine elgerückt, und bald beschlingt der sich immer mehr steigende Lärm jeden menschlichen Laut.

Mutter Deichmann kommt als die letzte den Gang herausgeschlichen. Sie ist hoch an die Sechzig, die Arbeit hat ihr den Rücken gebeugt, das Gesicht ist runzlig und voller Falten, aber ein Paar freundliche Augen blicken aus den eingefallenen Schölen. Jeder hat die alte Frau gegen, denn trotz ihrer alten ausgegründeten Knochen ist sie stets freundlich und heiter. Sie hat sich längst das Sorgen und Grammen abgewöhnt und mit einer Art Galgenhumor in ihr hartes Schicksal gefügt.

„Der Mensch ist wie ein alter Droschkenkutt; wenn er erst wieder im Range ist, dann geht er auch, aber bloß nicht erst ausspannen, sonst ist er vorbet.“ pflegt sie immer zu sagen, und es liegt ein Stuch Wahrheit in dem Vergleich. Mutter Deichmann hat sich mit ihrem Geschick längst abgefunden. Mit fünfzehn Jahren, noch ein halbes Kind, ist sie in die Fabrik gegangen und auch nicht wieder heraus gekommen. Aber damals hatte sie noch Kraft und Mut, und sie länger sie arbeiten konnte, um so länger war es ihr, denn da gab es doch viel mehr Geld. „Wollt ihr niemand glauben, daß sie als Mädchen oft in der Woche 36 Stunden in einem Tag gearbeitet habe, von Freitagmorgen bis Sonnabendabend. Freilich, heute ist das auch nicht mehr erlaubt. Ihr ganzes Leben war nur Arbeit, sie war nicht mehr herausgekommen aus der Fabrik, auch nicht, als sie sich verheiratet hatte. Ihr Mann war ein paar Jahre nach ihrer Verheiratung an der Schwindsucht gestorben, und sie machte nun um so mehr schaffen, damit sie sich und ihren Jungen rechtlich durchs Leben brachte. Nachher freilich, als ihr Sohn ausgeheiratet hatte, er war Schlosser geworden, ging er ins Wasser. Sie wollte gar nicht, daß sie nun noch arbeiten, doch sie mochte nicht zu Hause sitzen. Das Schicksal, das war unerschütterlich, er wart an den Folgen eines Betriebsunfalls. Zum zweiten Male war es wieder Mutter Deichmann allein, doch sie verzog die Lippen nicht. Sie freilich konnte sie nicht mehr arbeiten, sie bekam ein paar Pfennige, für die sie die Arbeitsräume aufsuchen

mußte. Dieses Gnadenbrot wurde ihr gewährt, nachdem sie nahezu fünfzig Jahre dem Kapital treus Dienste geleistet hatte. Es war aber auch keine leichte Arbeit, den ganzen Tag mit krummen Rücken durch die Fabrikräume zu schleichen, und man zog jetzt noch aus den alten heißen Knochen reichliche Prozenten.

Ein Gnadenbrot war es nicht, dieser Beistellpennig, den man der alten Frau bewährte. Sie verdiente die paar Groschen vollst, und manchmal genöthigte sich die Alte kaum noch nach ihrer alltäglichen Bekanung zu schleppen. Aber Mutter Deichmann tug ihr Los geduldig, ja, sie war zufrieden, daß man sie noch beschäftigte; was sollte sie sonst wohl beginnen?

Mutter Deichmann nahm ihren Besen und wollte sich an ihre Arbeit machen. Sie stand, den Besen in den Arm geklemmt, und dank ihre Schürze fester. Dabei beobachtete sie ein junges Mädchen, das emsig arbeitend an ihrem Stuhl stand. Sel, wie der Schölen durch die Rette sauste, sich haben an haben reichte und verband. Mit klopfender Brust stand Mutter Deichmann und lauschte auf die gleichmäßige Musik, und ein Weh schlich durch ihre Brust, daß sie nicht mehr schaffen konnte. Da plötzlich ein gelender Schrei, der seitdem in dem Lärm der Maschinen verhallte. Ein Treibriemen war gelocht und hatte die alte Frau niedergeschlagen. Menschen eilten herbei und schleppten die Regungslose in die Stube des Werkstatts. Man schloß ihr Wasser und Wein ein, rieb ihr die Stirn mit nassen Tüchern, doch umsonst. Der schwere Anfall auf die harten Steinböden war zu wichtig für den ausgegründeten Körper. Am Hinterkopf war eine kleine Beule, und aus der Nase floßen ein paar Tropfen ganz hellen Blutes. Mutter Deichmann war erlos. Man warf ein Stück Leinwand über den Deichmann und sandte zum Arzt.

Als der Herr Direktor nachmittags sein luxuriöses Selm aufsuchte, um sich am duftenden Kaffe zu stärken, lag eine Unmuthswolle auf seinem Gesicht.

„Hast Du Kerger gehabt, Max?“ fragte sein junges Brauchden besorgt.

„Als ob man zu etwas anderem auf der Welt wäre, als sich sein ganzes Leben lang mit dem elenden Rad rumzuwälzen. Die alte Deichmann ist thörlig verunglückt, bestraft der erregte Herr Gemuth. Und nachdem er den ganzen Vorgang erzählt hatte, ließ sein Brauchden vornehmlich: „Du hättest die alte Frau nicht einlassen sollen, arbeiten konnte sie längst nicht mehr.“ Da habe immer gesagt, daß sie bei dem Unfälle noch einmal herumgelaufen wäre.“

Die verdammte Quälgeistigkeit bringt einem bloß Kerger, fluchte der arme, geplagte Mann und — glühten sich eine gut Savanna an.

Fachgewerbliche Rundschau.

Als Banken mittlern Ansehl. Sie halten mit größeren Geldbewilligungen dauern zurück und geben damit zu erkennen, daß sie eine baldige Rückzahlung der guten Konjunktur befürchten. In Handelsreisen wird diese Vorsicht lebhaft beklagt und behauptet, daß sie unbegründet sei und zu Bankrotten führen müsse. Das werden die Banken wohl auch einsehen, sie ziehen es aber vor, andere Bankrotte herbei zu lassen, als selbst Bankrott zu werden. Daher ihre Vorsicht. Sie werden sich darin auch nicht bereuen lassen durch die lange Frage der Betroffenen, was denn werden solle, wenn einmal wirklich kritische Zeiten kommen. Jeder ist sich eben selbst der Räthe. Möglich ist freilich der aus Handels- und Industriezweigen erhobene Einwand, daß im Augenblicke ein Mangel der Konjunktur noch nicht zu befürchten sei. Sie ist noch nicht, daß die Bankrotten in den Kunden gegenüber gründlich zu schaden. Sie schloßen Arbeitermangel, Garmanot, Maschinenmangel und was sonst noch alles vor, um so viel wie möglich Aufschlag zu höchsten Preisen zu erzielen, und schieden die zu billigen Preisen immer weiter hinaus. Gelfert wird nur, wenn etwas fällt, oder der Kunde mit Klage droht und nicht länger zu den höchsten ist, gleichviel ob er ungenügend teure Ware anzuwenden zu dürfen müssen, oder ob er jetzt die Ware gebraucht oder nicht. Qualitäten sind ihm aber so und soviel Kultrüge annuliert. Der Kunde hat also trotz seiner wer weiß wie frühen Bekundungen eine schweigende Ware, wohl aber effektiven Schaden, und muß die Last nehmen, wann er sie bekommt, aber erst wieder nach Monaten Bedacht. Im „Confectionair“ fragt man denn auch: „Wie soll der Kunde die seinen Bekundungen nachkommen? Der Abulant stellt seine Bekundungsbedingungen, reguliert der Kunde die Rechnung, so muß er seinen geben.“ Dasselbe Recht hat der Kunde: Bedingungen zu stellen. Und dieses sollte, wenn das Recht gefunden soll, in weitgehendem Maße den Fabrikanten gegenüber geltend gemacht werden, indem, wie gesagt, keine Aufträge ohne Gegenstand dieser Bedingung gegeben werden. Es müßten auch sehr viele Differenzen und Klagen der Kunden zu werden. Denn so wie seit etwa 1 1/2 Jahren geliefert wird, sind die Zustände direkt unbillig.“

Die Arbeiter in den diesen Branchen das Interzessantel, der der Bankrotten die Kunden schloßen. Sie können in dem Augenblicke, wenn sie einmal höhere Preise beanspruchen, freilich nicht mehr, wenn sie den Bankrotten stellen dazu, nicht mehr zu zahlen werden.“

Damals schon wurde die Ursache zu der später eintretenden Garnnot geschaffen, und nun, als die Garnnot da war, da kam der Spinnereingriff mit seiner rigorosen Preispolitik und schürfte die Garne verarbeitenden Branchen in sein egoistisches Profitnein ein. Dadurch entstand für diese Branchen ein großes Verhängnis. Die so schmerzhaft empfundenen, als gerade sie, mehr wie die Spinnereien, mit ihren Produkten auf dem ausländischen Markt konkurrieren müssen. In welcher Weise die Baumwollgarne verarbeitende Industrie, im Gegensatz zu den Baumwollspinnereien, auf dem ausländischen Markt angewiesen ist, mögen folgende Zahlen aus dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ zeigen. Seit dem Jahre 1900 betrug die Ausfuhr in Markt:

	Baumwollwaren M.	Baumwollgarn M.
1900	244 700 000	28 100 000
1901	319 800 000	28 500 000
1902	259 200 000	31 700 000
1903	301 000 000	32 500 000
1904	336 000 000	30 800 000
1905	380 200 000	34 100 000
1906	309 500 000	32 100 000

Daraus ist zu ersehen, daß die Zunahme des Exportes allein auf das Konto derjenigen Branchen zu setzen ist, welche Garne verarbeiten. In Baumwollwaren ist der Export seit dem Jahre 1900 um rund 130 Millionen Mark gestiegen, während die Steigerung beim Export von Baumwollgarn nur 8 Millionen Mark beträgt und im Jahre 1906, gegenüber 1900, eine erhebliche Abnahme des Garneexportes zu verzeichnen ist. Die Baumwollspinnerei Deutschlands ist überhaupt keine Exportindustrie. Eine Exportindustrie wäre sie erst dann, wenn sie über den in Deutschland erforderlichen Garnverbrauch hinaus Garne erzeugte und an das Ausland verkaufte. Dies ist jedoch nicht der Fall. Wenn man kommt und unsere Mitglieder mit dem indischen Konkurrenzseufzer sprechen will, dann mögen unsere Mitglieder das nachfolgende Zahlenmaterial aufmerksam lesen, um den Spul in der Verbannung zu schiden. Die deutsche Baumwollgarn verarbeitende Industrie muß ja vom Auslande Garne beziehen, weil, wie die Baumwollgarn-Einfuhr- und Ausfuhrziffern der letzten Jahre beweisen, die deutschen Baumwollspinnereien immer weniger in der Lage sind, den Garnebedarf zu decken. In den Jahren von 1900 bis 1906 verhielten sich die Ziffern, in Markt, bei der Ein- und Ausfuhr von Baumwollgarn folgendermaßen zusammen:

	Einfuhr	Ausfuhr	Mehr Ein- als Ausfuhr
1900	62 900 000	29 100 000	33 800 000
1901	48 800 000	28 500 000	20 300 000
1902	61 200 000	31 700 000	29 500 000
1903	60 100 000	32 500 000	27 600 000
1904	68 800 000	29 800 000	39 000 000
1905	65 900 000	34 100 000	31 800 000
1906	62 400 000	32 100 000	30 300 000

Also selbst dann, wenn die deutschen Baumwollspinnereien keinen Faden Garn nach dem Auslande verkaufen, müßte die deutsche Baumwollgarn verarbeitende Industrie für 30 Millionen Mark Garn vom Auslande kaufen, um den Bedarf zu decken. Da aber die Baumwollspinnereien von ihrer Produktion noch für 80 Millionen Mark nach dem Auslande verkaufen, so müssen die deutschen Baumwollgarnkonsumenten in Wirklichkeit für 50 Millionen Mark im Jahre Garn vom Auslande kaufen. Das ist weit mehr, als wie dort in China indische Baumwollgarn lagerte.

Also von einer die Produktion beschränkenden Konkurrenz durch die indische Garnzufuhr kann gar keine Rede sein. Im Gegenteil, den indischen Fäden, die der deutsche Textilindustrie, welcher Waren für den Export erzeugt, kann es nur recht sein, wenn ihm durch eine ausländische Garnquelle die Möglichkeit geboten wird, sich die Fäden abzukröpfen, welche ihm die Spinnereiernehmer angelegt haben. Und da wollen wir denn auch gar nicht bestreiten, daß sich aus der gelegentlichen Bezugsquelle allmählich eine dauernde entwickeln kann. Dies wird um so früher geschehen, je länger die deutschen Spinnereien den monopolisierenden Charakter ihrer Produktionsverhältnisse und Verkaufsbedingungen beibehalten. Versuchen sie die Bezugsbedingungen indischen Garns, wenigstens soweit die Preise dabei in Frage kommen, allerdings, wie berichtet wird, kostet das indische Garn, fertig nach Deutschland gebracht, inklusive Zoll nur ebensoviele, als dem deutschen Spinner nur allein der Rohstoff zuzüglich des Magansverlustes zu stehen kommt. Ob dieser Preis nun aber später beibehalten werden dürfte, das ist sehr zu bezweifeln. Wenn wir auch durchaus nicht verkennen, daß die indischen Spinnereien manche Vorteile in

der Produktion voraushaben, so scheint und dieser Preis denn doch nicht den tatsächlichen Verhältnissen zu entsprechen, sondern wohl mehr ein Preis zu sein, wie er bei Rohverkauf, wo man um jeden Preis Geld hereinbekommen will, üblich ist. Wir werden dieser Sache weiter unsere Aufmerksamkeit schenken und, sobald wir etwas Bestimmtes bemerken sollten, darüber berichten.

Auf eines müssen wir jedoch am Schluß noch eingehen, und das ist die Verhütung, die in den Fachblättern wegen dieser „indischen Gefahr“ zum Ausdruck kommt. Man sollte meinen, heute, im Zeichen des Welthandels, sei es doch gar nichts so besonderes, wenn ein Land, welches bisher ein gewisses Produkt noch nicht bei uns verkauft habe, den Versuch mache, dieses Produkt zu verkaufen. Warum regt man sich denn so darüber auf und spricht von einer „indischen Gefahr“? Nun, für den Kenner der Natur unserer Produktionsweise ist diese Aufregung sehr begrifflich. Diese Aufregung verrät uns nämlich, auf wie schwachen Füßen eigentlich die kapitalistische Produktionsweise steht. Indien kommt nämlich nicht nur als ein Land in Betracht, welches Baumwollgarne erzeugt, sondern Indien ist auch zugleich ein Land mit ausgedehnten Baumwollpflanzungen. Und es besteht gar kein Zweifel, daß, wenn sich die indische Baumwollspinnerei so entwidelt, daß sie die in Indien wachsende Rohbaumwolle ganz oder doch zum größten Teile in Garn verwandelt und anstatt wie jetzt, wo noch viel Rohbaumwolle ausgeführt wird, nur oder größtenteils Baumwollgarn auszuführen würde, dies eine ungeheure Umwälzung in der Produktionsweise aller in Betracht kommenden Länder zur Folge haben müßte. Diese Produktionsweise, bei der also das gewonnene Rohmaterial gleich an Ort und Stelle in Halb- oder Fertigfabrikate, hier also die Rohbaumwolle in Garne umgewandelt würde, würde gegenüber der bisherigen Produktionsweise, wo man die Rohbaumwolle erst in alle Länder sendet, um sie dort zu verspinnen, für die Allgemeinheit zweifellos einen wirtschaftlichen Fortschritt bedeuten. Man denke nur an die Baumwollfelder in Amerika. Wie denn, wenn dem Kapital einfällt, in den Zentren der großen Baumwollplantagen Amerikas riesige Baumwollspinnereien zu errichten, in welchen die gereinigte Baumwolle gleich entkernt und in Garn umgewandelt wird? Kein Mensch kann das verhindern. Diese Spinnereien würden in der Lage sein, Garne zu solchen Preisen zu liefern, daß andere Länder, welche ja erst von Amerika die Rohbaumwolle kaufen müssen, gar nicht mithalten können; jede Konkurrenz würde aus dem Felde geschlagen werden. Die Lehren des Kapitalismus ist darauf hingewiesen. In der „Zeitschrift für die gesamte Textilindustrie“ lesen wir über diese Entwicklung mit Bezug auf Indien folgende pessimistische Betrachtung:

„Wieder taucht die alte Unglücksprophezeiung auf, daß jede Industrie letzten Endes ihre eigene Zerstörerin ist, indem sie ihre Maschinen und Einrichtungen, ja sogar die von ihr angeleiteten Leute ins Ausland sendet, um schließlich durch die von ihr selbst begründete und großgezogene Konkurrenz vernichtet zu werden. Wie hoch waren die englischen und wohl auch die deutschen Maschinenfabrikanten, als sie Dampfmaschinen, Dampfmaschinen, Turbinen und alle möglichen Fabrikationsmaschinen nach Indien in immer steigendem Maße exportierten konnten! Mein im Jahre 1906 hat Deutschland nach Britisch-Indien für 85 Millionen Mark Eisenwaren ausgeführt, aber natürlich wird es England sein, das den Indiern die meisten Hilfsmittel geliefert hat, um nun einen kommerziellen Feldzug gegen Europa zu führen.“

Diese Betrachtung zeigt, wo die kapitalistische Produktionsweise ihre Achillesferse hat und daß es ihr unentrinnbares Schicksal ist, sich durch ihre eigenen Produkte um Leben zu bringen. Die deutschen Metallindustrie-freuen sich und loben den guten Geschäftsgang, wenn sie in steigendem Maße Maschinen in fremde Länder verkaufen können. Die Unternehmer der anderen Industrien aber schimpfen darüber, und von ihrem Standpunkt aus mit Recht; denn jede Maschine, die ins Ausland geht, dient dazu, die Erzeugnisse im eigenen Lande zu schaffen, die früher vom Auslande, von den schimpfenden Unternehmern, um bei unfremem Beispiel zu bleiben, bezogen wurden. Wenn nun aber gar die Industrien jener Länder, welche früher die Waren von uns kaufen mußten, ihre eigene Industrie so entwickeln, daß sie nun uns ihre Waren anbieten, so kann sich jeder Mensch mit gesundem Sinn vorstellen, daß dann so nicht mehr weitergewirtschaftet werden kann. Die kapitalistische Produktionsweise kann nur so lange bestehen, wie genug Absatzgebiete für die Produkte vorhanden sind. Sobald dies nicht mehr der Fall ist, sobald die einzelnen Länder sich eigene Manufakturen gegeneinander haben und diese Manufakturen derart entwickelt sind, daß sie den Bedarf der Existenzmittel im eigenen Lande zu einem erheblichen Teile decken können, dann ist die kapitalistische Produktionsweise gewesen. Dann muß dieselbe geändert und im sozialistischen Sinne betrieben

werden. Und diesem Zeitpunkt eilen wir mit diesen Schritten entgegen. Dieser Zeitpunkt kommt, und mit ihm die sozialistische Weltordnung, auch dann, wenn sich heute noch Reichverbände, christliche Gewerkschaften, vaterländische Streikbrechervereine und Schamsmacher im Chorus aufstellen und sich helfen schreien, um das Weitergehen zu behaupten.

Ein neuer Messias!

Vor längerer Zeit schon ist uns ein Buch zur Besprechung zugestellt worden, das wir mit einem Interesse gelesen haben, wie kaum je ein Buch zuvor. Leider können wir es erst jetzt besprechen. Es ist von Silvio Gesell in Haut-de-Venise (Schweiz) verfaßt und kann für 3 Mk. durch Georg Blumenthal in Berlin N.O., Elbingerstraße 81, direkt bezogen werden. Es führt den Titel: „Die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag durch die Geld- und Bodenreform“. Ein vielversprechender Titel, denn hier soll ja mit anscheinend einfachen Mitteln für den Arbeiter erreicht werden, was man bisher nur mit der Sozialisierung der Gesellschaft zu erreichen für möglich hielt. Und der Verfasser erhebt nichts Beringeres, als der moderne Sozialismus! Aufschaffung des arbeitslosen Einkommens. Und in welcher leichtverständlichen Sprache er sein Streben zur Geltung bringt, welche überzeugenden Beispiele er für seine Beweisführung beizubringen weiß! Mit welchem Humor er die Behandlung des trockenen Themas zu würzen versteht! Es ist wirklich eine Lust, seinen leicht wie Essen dahinhüpfenden Gedanken zu folgen. Freilich können wir nicht recht einsehen, weshalb der Verfasser nicht anstatt der Geld- und Bodenreform dem Sozialismus das Wort redet, der nicht nur diese Reformen, sondern auch die Industrie-reform durchzuführen will. Doch der Verfasser wird wohl wissen, warum er nicht so weit ging; gewiß ist er kein Sozialist im modernen Sinne, höchstens ein Bauernsozialist, und dann glaubt er ja auch mit der Geld- und Bodenreform die wirtschaftliche und soziale Lage des Industriearbeiters soweit heben zu können, wie dies der Sozialismus auch nur vermöchte. Er hat also seine Meinung nach gar nicht notwendig, Sozialist zu sein, um allen sozialistischen Lebensbedingungen schaffen zu können. Dann ist er Landwirt und die Landwirtschaft für ihn das näher liegende Feld, die Industrie für ihn der weniger benötigte Mod. Weiter ist er aber auch augenscheinlich beschränkt, das Grundwesen der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu erhalten; Unternehmer und Arbeiter sollen auch nach seiner Reform die zwei Kategorien sein, die den Staat in der Hauptsache zu bilden haben, er will nicht Gemeinwesen, in denen alle wieder gleich wären und alle für sich gemeinsam schaffen, sondern den heutigen Zustand auchrecht erhalten, unter dem sich der Arbeiter an einen anderen verdingt; dieser soll nur nicht imstande sein, jenen mehr auszubehnten wie nötig ist, um sich selber zu erhalten. Es soll dem Unternehmer nur unmöglich gemacht werden, Reichtümer anzufammeln, womit allerdings verhindert würde, daß sich wieder ein gesellschaftlicher Zustand entwickeln könnte, unter dem, wie heute, die Arbeitenden für die mit-schaffen müssen, welche von dem Jins leben, der doch nur ein Teil des Ertrages der Arbeit eben der Arbeitenden ist. Gesell sieht also noch vollkommen auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung — wie alle Bodenreformer — und will nur die Arbeit dieser besitzenden, das Wesen selbst aber bestehen lassen. Er will die trante kapitalistische Wirtschaftsordnung wohl gesund machen, aber nicht beseitigen. Natürlich wird er dafür eben so wenig die Unterstützung der Kapitalisten finden wie für die Verwirklichung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, denn der Kapitalist will ja sein Kapital vermehren, sei es auch auf Kosten des Arbeiters. Der Verfasser wird daher mit seinen Vorschlägen bei den Kapitalisten nicht mehr Anklang finden, als wir mit dem Sozialismus. Sicher glaubt er aber das Gegenteil.

Als wirklich arbeitsloses Einkommen bezeichnet er nur den Kapitalzins und die Grundrente. Aber diese beiden Quellen will er verstopfen. Kapitalzins und Grundrente werden vom allgemeinen Arbeitsertrage (Lohnfonds) abgezogen. Gelohnt es, sagt Gesell, den Kapitalzins zu führen, daß sie abgeschafft werden können, so wird es kein arbeitsloses Einkommen mehr geben. Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag wird verwirklicht sein; der Arbeitsertrag ist voll, weil kein arbeitsloses Einkommen den Lohnfonds geschmälert hat. Und Kapitalzins und Grundrente müssen beseitigt werden, wenn das Recht auf den vollen Arbeitsertrag etabliert werden soll. Dazu sei eine Bodenreform und eine Geldreform nötig.

Die Bodenreform denkt sich der Verfasser als Abschaffung der Privatgrundrente, die Geldreform als Erfassung des heutigen Geldes durch Papiergeld, das bei Anwendung seinen Wert verliert und deshalb so schnell wie möglich ausgegeben werden muß, wodurch das Geldangebot mit dem Warenangebot auf dem Markt gleichen Schritt halten müßte. Und das ist ihm die Hauptsache.

Washington hat gesprochen. Die am 9. September vom Ackerbauamt herausgegebene Schätzung des Standes der Baumwollpflanzungen mit 72,7 Proz. ist höher, als sie von Freund und Feind erwartet wurde.

Wenn der vom Ackerbauamt angegebene Stand von 72,7 Prozent mit früheren Monaten dieser Saison und den Verhältnissen der vorhergehenden Jahre verglichen wird, dann wird man normale Wetterverhältnisse während der nächsten drei Monate voraussetzen — auch für die kommende Woche ein Ergebnis von 13 Millionen Ballen als wahrscheinlich in Rechnung stellen können, wobei die mit Baumwolle angepflanzte Fläche nach Negativangaben mit 82 000 000 Acker zugrunde gelegt wurde.

Für ein im allgemeinen sehr gutes Gedeihen der Baumwollpflanze während des so gefährlichen Monats August spricht die jüngste Negativangabe von 72,7 Prozent gegen 76 Prozent Ende Juli; die Augustverschlechterung beträgt nur 2,90 Prozent gegen 6,8 Prozent, 2,8 Prozent und 7,5 Prozent in den letzten drei Jahren und widerspricht damit indirekt den alarmierenden Witterungsverhältnissen im südwestlichen Teil der amerikanischen Baumwollstaaten.

Auch die Baumwollpflanzungen Ägyptens wurden, nach Alexandria General Produce Association, im Juli 1907 durch ein ausnahmsweise vorteilhaftes Wetter begünstigt; es herrschte eine anhaltende Wärme, die der Entwicklung der Pflanzen in wäsem Maße zu Hatten kam.

Ein neues Textilzeugnis. Als Neuerung erscheint der Kette „Mat laine“, ein halbwollener Musselin in prachtvollem Sortiment. Dieser neue Artikel dürfte infolge seiner schönen, effektvollen Wirkung für die nächste Saison eine große Rolle spielen. Es handelt sich um eine Ware mit kaum vollener Kette und wäterein Gewebe. Nachdem man jahrelang Versuche gemacht hat, dieser Art gewebte Ware zu bekommen, scheiterten bisher deshalb die Erfolge, weil der Baumwollfaden beim Weben eine andere Farbe annahm als der Wollfaden oder umgekehrt. Diese Schwierigkeit ist nunmehr gehoben, und dürfte schon dadurch, daß die Ware, sobald sie kaum von Wollmusselin zu unterscheiden ist, aber bedeutend billiger wie dieses ist, groß gefragt und beliebt werden.

Neu eine neue Erfindung in der Textilindustrie. Eine Erfindung, die eine wichtige Rolle in der Textilindustrie spielen kann, hat in England gemacht worden. Es handelt sich um eine arbeitssparende und kostengünstige Art, um gewollte Waren zu erzeugen. Die Erfindung besteht darin, daß man die Garnen so webt, daß sie sich selbst weben, was eine große Erleichterung der Arbeit bedeutet, und die Produktion billiger macht, während man früher dazu 800 Mannschaften be-

nötigte. Nach derselben Mitteilung soll man sogar mit 100 Proz. Amortisation rechnen können. Werden also wieder eine Reihe von Arbeitern brotlos, während die Fabrikanten sich bereichern.

Fachschulen. Die städtische höhere Webeschule in Berlin, Markstraße 40, beginnt den Unterricht im Wintersemester in den Abend- und Sonntagsklassen am Sonntag, den 20. Oktober dieses Jahres, vormittags 8 Uhr. Der Unterricht wird erteilt für Weber, Wirler, Stricker, Posamentierer, Furbelsticker und Sticknennern, Musterzeichner und Zeichnerinnen, Zuschneider und Schneiderinnen, Schneider und Schneiderinnen, Färber und Färberinnen.

Die Tageschule der Anstalt beginnt den Unterricht am Donnerstag, den 27. Oktober dieses Jahres, 8 Uhr vormittags. Der Unterricht umfaßt folgende Kurse:

1. Kaufmännischer Kursus; 2. Musterzeichnerkursus (eine Klasse für Weber und eine Klasse für Stricker und Posamentierer); 3. Konfektionskursus; a) Abteilung zur Herstellung von Frauenbekleidung (1. Klasse für Konfektionszeichner, 2. Klasse für Zuschneider usw.); b) Abteilung zur Herstellung von Mänteln; 4. Posamentier- und Besatzkonfektionskursus; 5. Hand- und Maschinenstickerei; 6. eine Klasse zur Ausbildung von Selbstpersonal und zur Ausbildung von Arbeitspersonal; 7. Wirlerkursus und Stickereikursus; 8. Färbereikursus.

Teilnehmer an den Unterrichtskursen haben sich bei dem Direktor der Anstalt anzumelden. — Preussische höhere Fachschule für Textilindustrie Wäremen. Der Memmendorferbetrieb in der höheren Fachschule für Textilindustrie Wäremen ist um drei neue Elemente mit 18 Maschinen erweitert worden. Die Auffstellung der Maschinen hat während der Ferien stattgefunden, so daß die Inbetriebnahme mit Beginn des Wintersemesters erfolgen kann. Es ist damit den Schülern Gelegenheit zu einer vielseitigen Ausbildung gegeben. Das Wintersemester nahmt, worauf Interessenten nochmals aufmerksam gemacht seien, am 18. September seinen Anfang.

Ein Textilarbeiter-Adressen. Die Stadt Oldham in England hat in der letzten Zeit einen recht eigentümlichen Anblick. Seine ganze Arbeiterbevölkerung von 60 000 Seelen ist bis auf einen kleinen Bruchteil ausgewandert. Allen Brauche gemäß, der sich Bancassiers und Postämter ziemlich allgemein, haben die Textilarbeiter und Arbeiterinnen allmählich im August oder September für eine Woche oder 14 Tage Ferien, und zwar in jeder Fabrik ein Ferienfonds gesammelt, zu dem jeder Arbeiter und jede Arbeiterin wöchentlich einen Beitrag leistet und zu dem der Fabrikherr, gleichfalls wöchentlich, einen Beitrag leistet. So wird das Geld verteilt für Oldham, das jetzt nicht weniger als 900 000 Pfund zur Verfügung hat, in Oldham, dem Geburtsort des Westens Englands, ausgegeben wurden.

Wie in Oldham, so spielt sich das gleiche in anderen Städten der Spinnereibezirke ab, und Wadpool hat ebenfalls den Vorteil davon. Es ist der bestkürzte Wadpool im ganzen vereinigten Königreich; die Zahl der Webestühle beträgt dort etwa 6 Millionen, und wenn sie auf 4 Millionen sinkt, so klagen die Wadpöler über ein schlechtes Jahr. Man berechnet, daß in Wadpool jährlich 15 bis 20 Millionen Pfund ausgegeben werden und dies zumeist von der Arbeiterbevölkerung und den Vergleuten. Wadpool zählt aber dabei auch vornehme Besucher.

Betriebsänderungen und Erweiterungen. Zwischen der Kammergarnspinnerei und Weberer Eltorf in Eltorf und der Schellertischen Kammergarnspinnerei in Bresslau wegen Vereinigung dieser beiden Unternehmungen gepflogene Verhandlungen haben zu einer Verständigung zwischen dem Ausschuss der ersteren und den Inhabern der letzteren geführt, nach welcher diese Vereinigung mit dem 1. Januar 1908 in Wirklichkeit treten soll. Der Anfang nächsten Jahres stattfindenden ordentlichen Generalversammlung der Kammergarnspinnerei und Weberer Eltorf wird eine Kapitalerhöhung von 8 000 000 Mk. vorgeschlagen werden. Die neuen Aktien werden von den Inhabern der Schellertischen Kammergarnspinnerei gegen Einbringung der Vermögenswerte der Firma übernommen werden. Das bisherige Aktienkapital der Kammergarnspinnerei betrug 5 000 000 Mk. — Die gute Konjunktur, die in der letzten Monatsberichtszeit der Textilindustrie vorherrschte, hat in einer Reihe Betriebsveränderungen ihren Ausdruck gefunden, namentlich in den umfangreichen Erweiterungsbauten, welche von den größeren Fabriken des Baltisches in den letzten Jahren vorgenommen wurden. Eine große Salaber Spinnerei hat einen stattlichen Fabrikneubau herstellen lassen, ebenso eine bekannte Winger Firma. — Die Wettelecher A.-G. für mechanische Weberer erweitert durch eine neue Weberer in Spennag, Kreis Herford. — In Kouth i. G. beschäftigt Fabrikant Seidel aus Plauen i. V. sich in dem Orte eine Wä gekauft hat, eine Stickereifabrik zu errichten. — In Gohnsfeld i. O. hat Herr Dedemfabrikant W. B. eine mechanische Dedemweberer, in welcher 60 Webstühle zur Aufstellung gelangen, errichtet.

Aufzeichnung. Der Selbstunfänger J. Gaenger u. Co., W. u. S. in Baden-Baden ist für ihre hervorragenden Leistungen auf der Gewerbe- und Industrie-Ausstellung in Wälingen eine sehr hohe Auszeichnung — die Silberne Medaille — zuteil geworden.

Bedienstete. In der Stadt Oldham, auch in Oldham, hat Herr Gaenger u. Co. eine Fabrik für die Herstellung von Textilwaren errichtet. Die Fabrik hat eine große Anzahl von Arbeitern beschäftigt, die sich in der Fabrik beschäftigen. Die Fabrik hat eine große Anzahl von Arbeitern beschäftigt, die sich in der Fabrik beschäftigen.

Die Fabrik hat eine große Anzahl von Arbeitern beschäftigt, die sich in der Fabrik beschäftigen. Die Fabrik hat eine große Anzahl von Arbeitern beschäftigt, die sich in der Fabrik beschäftigen. Die Fabrik hat eine große Anzahl von Arbeitern beschäftigt, die sich in der Fabrik beschäftigen.

Alle wirtschaftliche Ungleichheit kommt seiner Meinung nach nur daher, daß weniger Geld angeboten wird, als Waren, wodurch, weil Geld von Märkten zurückgehalten wird, dieser sich mit Waren füllt, was dann Einschränkung der Produktion im Gefolge hat, die sich dann am fühlbarsten in Arbeiterentlassungen äußert.

Unter Wobereiform denkt sich der Autor die Durchführung des Privatgrundbesitzes in den Gemeinbesitz (Staat) unter Aufrechterhaltung der privaten Verwertung. Es handelt sich also nicht um Verstaatlichung der Bodenwirtschaft, sondern nur um Verstaatlichung des Bodens, der Grundrente, die danach nach Ansicht des Verfassers erheblich geringer sein würde als sie jetzt ist. Sie läßt jetzt in Gemeinschaft mit dem Zins und dem Zinseszins, nach dem Verfasser, nur so wenig Arbeitslohn übrig, daß dieser nur mit dem Schwanz eines Schweines zu vergleichen ist, während das Schwein selbst sich auf Zins, Zinseszins und Zinseszins verteilt. Nach der Geld- und Wobereiform würde aber das Schwein mit dem Schwanz des Schweines den Arbeitslohn darstellen — abzüglich des Proz. Zinseszins — und Zins und Zinseszins nur eine Menge darstellen, die sich mit den entsprechenden Extremfällen des Schweines vergleichen ließe.

Die Grundbesitzer sollen für die Vergabe ihres Bodens vom Staat entschädigt werden. Nach der Verteilung wird der Boden, entsprechend den Interessen der Landwirtschaft, der Bauernschaft und der Industrie, parzelliert und öffentlich meistbietend verpachtet, und zwar auf 1—5—10jährige oder lebenslängliche Pacht, je nach dem Bedürfnis. Dabei sollen dem Pächter auch gewisse allgemeine Verpflichtungen gegeben werden für die Wahrung der wirtschaftlichen Grundgesetze der Pachtbeziehung, so daß der Pächter nicht von seinem Pachtvertrag entlassen werden kann, und zwar läßt sich das in der Weise erreichen, daß dem Pächter bestimmte Mindestpreise für seine Produkte gewährleistet werden, sei es, daß die Pächter einfach diesen Preisen anpaßt, sei es, daß bei einer allgemeinen Lohnsteigerung die Pacht entsprechend ermäßigt wird, kurz, da es sich nicht darum handelt, die Bauern zu plagen, sondern eine blühende Landwirtschaft mit einem gesunden Bauerntum zu erhalten, so wird man alles tun, was nötig ist, um Wobereiform und Pachtgesetz dauernd in Uebereinstimmung zu bringen.

Der Zweck der Wobereiform ist ebenso schmerzlich wie vielfältig:

1. Soll das Recht auf den vollen Arbeitsvertrag durch die Verstaatlichung der Grundrente seiner Verwirklichung um ein gutes Stück näher gebracht werden;
2. Soll die Grundrente den Arbeitnehmern entzogen und dadurch die Ursache beseitigt werden, warum die Verhandlungen in den Volksvertretungen überall immer mehr in Gefangenschaft ausarten, dem Bürgerkrieg entgegengetrieben werden (s. die Betriebsratvorstellungen im Reichstage); die Gesetze der Sozialpolitik im preussischen Landtage; 3. sollen durch die Verstaatlichung der Grundrente alle Bürger ein gleiches persönliches Interesse an dem wirtschaftlichen Gedeihen des Landes erhalten; dem jetzigen teilweise verstaatlichten Sozialismus soll ein wirkliches volkswirtschaftliches Vaterland beschaffen, der allgemeinen Wohlfahrt eine vernünftige Begründung gegeben, der Wobereiform vorgebildet werden;
4. Soll jedem durch die Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt selbständig auch als Bauer durch Wobereiform zu bestreiten, der Mücken gestiftet werden, sowohl bei den Verhandlungen um den Lohn oder Preis seiner Produkte, wie auch sonst in jeder Lebenslage, so daß dann kein Bürger mehr in völlige Abhängigkeit von einem anderen geraten kann. Der trostliche Stolz der freien Bauern soll dadurch zu einer allgemeinen Bürgergenossenschaft, und der jegliche übertriebene Ehrgeiz von Pächtern und Knechten beseitigt werden.

Summarisch aufgezählt, würde die Wobereiform nach dem Verfasser auf dem Lande folgende Wirkungen haben: Keine Pachtgrundrente, folglich auch keine „Pacht der Landwirtschaft“, keine Pächter und keine Knechte. Kein Privatgrundbesitz, daher auch keine Hypotheken, keine Zinsen, Erbschaft, Abfindungen, keine Grundrenten, keine Knechte. Allgemeine Erbschaftlosigkeit. Kein Grundbesitz — folglich absolute Freizügigkeit mit ihren wirtschaftlichen Folgen für Gesundheit, Charakter, Religion, Bildung, Glück und Lebensfreude.

Wim Bergbau lasse sich die Wobereiform womöglich noch leichter durchführen als im Ackerbau, da man hier von der Wobereiform absehen und die Förderung der Bergprodukte einfach in der Handlung (Kauf, Submission) geben könnte. „Der Staat gibt den Ackerbau an einen Unternehmer oder an Arbeitergenossenschaften in Ackerbau; er beauftragt für jede Zone einen nach dem System der Wobereiform vereinbarten Lohn oder Preis — und verkauft seine Produkte die Produkte meistbietend in Auktion. Der Unterschied zwischen beiden Verfahren liegt als Grundrente in die Staatskasse.“

Das Grundrentengesetz wird also aufgehoben; der Boden als Gemeingut erklärt. Dann wird der Boden für die Zwecke der Arbeit parzelliert, und die Parzellen öffentlich meistbietend verpachtet. Das Pachtgesetz wandert in eine gemeinsame Kasse, um von hier wieder auf alle gleichmäßig verteilt zu werden.

Das ist in großen Zügen die Forderung des Verfassers hinsichtlich der Wobereiform. Es ist höchst interessant, nachzulesen, welche wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen er sich davon verspricht. Doch können wir seine Schilderungen hier nicht wiederholen, weil dadurch der Rahmen eines Leitungsartikels überschritten werden würde. Wir müssen hier den Leser schon auf das Buch selbst verweisen.

Wie wollen ihn jetzt mit der vom Verfasser geforderten Wobereiform bekannt machen. Er geht uns zunächst die Notwendigkeit einer Wobereiform dadurch, daß er einwandfrei nachweist, jeder, der Geld habe, lebe heute besser als ein Sklave, und alle anderen seien seine Diener. Das, was uns das Märchen vom Sklavensland erzählt, sei gewiß wunderbar, aber noch wunderbarer die Wirklichkeit. Im Sklavensland müsse man den Wunsch aufheben, um die gebotenen Tausen zu fangen, den Wumpenschwengel bewegen, um Wein zu erlangen, man müsse sich sogar bücken und mit dem Kopf auf den Boden klopfen, um den Kopf zu locken. Der heutige Mensch brauche sich nicht zu bücken, er brauche nicht zu pumpen, er sei einmal Winkler zu „hagen“, denn alles, was sich in ihm erge, erleide seine blühbaren Geister. Um sich das nötige Geld zu verschaffen, braucht unser Sklave nur von einem Blatt Papier kleine Stücke (Coupons) abzuschneiden und sie der Dienerschaft als Bezahlung hinanzuworfen. Dabei sei noch das Sklavensland zu bemerken, daß an dem Papierblatt alle Jahre, wie bei einem Waage die Wägen, das Abgeschaltene wieder zurückfällt, so daß unser Sklave in Besitz eines Papierblattes ein „Zwischen des Licht“ bei sich führt, das nicht allein für Speise sorgt, sondern überhaupt alles, was zu einem Uppigen Leben gehört, mit sich verlagert. Ähnlichkeit lieft. Mit diesem für die Wirtschaftlichen unüberwindlichen Zustand glaubt der Verfasser, könnte durch die Wobereiform ausgeräumt werden. Und das Reformgesetz denkt er sich für es wird in Betreff von ursprünglich 1000, 100, 10 und 1 Mt. ausgegeben, dazu noch Zinsen von 1 Mt., die zum Zinseszins einzurechnen und bestimmt sind, das Reformgesetz in jedem beliebigen Betrag von 1—100 Mt. zu liefern. Mehrere Zinsen ergeben also allein für die letzten Mägen von 1, 2, 5, 10, 20 und 50 Mt. Die Zinseszinsen im Wert von 1—1000 Mt. Großgeld verlieren mit zunehmendem Alter an ihrem Wert; ein Zinseszinsmaximalwert gilt in der ersten Woche des Jahres 100 Mt., in der zweiten nur noch 90 Mt., in der dritten nur noch 80 Mt., und verliert so fort mit jeder Woche 10 Mt., so daß er in der letzten Dezemberwoche nur noch 40 Mt. gilt. Es ist also jeder Lebensinstanz, sein Geld so bald wie möglich an den Mann zu bringen, d. h. dafür Waren einzukaufen, deren er bedarf. Wenn nun durch ein Reformgesetz damit gesorgt werde, daß immer genug Geld im Umlauf ist, so werden auch immer alle vorhandenen Waren Käufer finden, denn „gelbes“ kann ja kein Geld mehr werden, je länger man es in seinem Hause behält, um so weniger wird es um es nicht zum Teil aber ganz zu verlieren, auch man es gegen Waren einzutauschen. Und das ist sein Zweck. Die Wobereiform ist begründet auf der Erkenntnis, daß ein zersetztes der Austausch

der Produkte nur so lange ungehindert stattfinden gehen kann, als das Kaufverhältnis zwischen Waren und Geld (Preis des Geldes) unverändert bleibt, und daß an der zersetztes nichts eine Waise, und demnach auch das Geld, nur so lange seinen Ort und Zeit hindern festes Preis haben kann, als wie auf irgendeinem Wege ein dauernder Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot in der betreffenden Ware künstlich erzwingen wird; sei es, indem man das Angebot der Nachfrage, sei es, indem man umgekehrt die Nachfrage dem Angebot dauernd und scharf anpaßt, auf den Geld zuzuschneiden.“

Der Wobereiform soll also das Geld angepaßt werden. Damit soll ein fester Preis des Geldes erreicht werden. Und das soll das Reformgesetz bewirken. „Da das Geldamt weiß, daß jede im Umlauf befindliche Mark auch fortlaufend angehalten wird, so braucht es sich um das Geldangebot nicht zu kümmern. Das Geldangebot wird immer und unter allen Umständen der Geldnachfrage entsprechen. Wobereiformer setzen sich mit der Wobereiform ummäßig; die gesamte Geldmasse ist in ununterbrochener, durch kein Ereignis zu störender Bewegung. Am Werkze unverändert also immer nur genau so viel Geld, wie der Verkehr unmittelbar beansprucht. Wäre weniger als dieses Minimum vorhanden, so würde die Nachfrage nach Waren nicht genügen, und die Warenpreise würden sofort sinken; wäre mehr als dieses Maximum vorhanden, so würde die Nachfrage nach Waren die normale Höhe überschreiten, und die Preise würden sofort steigen. Mit dem Reformgesetz läuft die Nachfrage nicht neben dem Geld als selbstständiger Wille einher, sondern das Reformgesetz ist an sich die Nachfrage. Eine andere Nachfrage als das Reformgesetz gibt es denn nicht mehr. Die Masse des ausgegebenen Reformgeldes ist gleichmäßig auch die Grenze, das langwierende Maximum und Minimum der Nachfrage. Genügt also die Nachfrage nicht, um den Preisstand der Waren aufrecht zu erhalten, so vermehrt das Geldamt die ausgegebene Geldmasse im entgegengesetzten Falle nicht das Geldamt Geld aus dem Verkehr. Da das Geld an sich die Nachfrage darstellt, so genügt es, die Geldausgabe zu vermehren oder zu vermindern, um die Nachfrage dauernd und scharf dem Angebot von Waren auf den Geld zuzuschneiden. Um die Geldausgabe zu vergrößern, laßt das Reformgesetz Mittel der Reichsdruckerei, oder es übergibt das Geld der Staatskasse, die es an Stelle der entfallenden Steuern verwendet. Das ist also eine einfache Sache, aber noch einfacher wird die Verminderung des Geldumlaufes sein. Denn da die Gesamtmasse des Geldes stetig abnimmt, und zwar um 5 Proz. jährlich, so braucht man nur eine Weile zu warten. Der etwaige Lebensbedarf vermindert sich schließlich im Verkehr. Genügt das aber nicht, so kann durch Verkauf von Aktien der Reichsdruckerei, durch einen Steuerzuschlag usw. nachgeholfen werden.“

„Das Geldamt beherrscht also mit dem Reformgesetz das Geldangebot in absoluter Weise. Es ist Wobereiformer, sowohl über die Geldproduktion, wie auch über das Geldangebot.“

Es verdient noch bemerkt zu werden, daß nach dem Eintritt der Wobereiform das heutige Geld als Zahlungsmittel seinen Wert verliert, so daß man also nur gegen Reformgeld Waren eintauschen kann. Das heutige Geld soll aber gegen Reformgeld eingetauscht werden, so daß mit der Wobereiform keine Verstaatlichung der Geldinhaber verbunden wäre, auch nach der Wobereiform der Wobereiformer, die für ihre Abtretung ja auch entschädigt werden sollen, entschädigt werden.

In langer Reihe läßt der Verfasser alle Bedenken, welche man gegen die Wobereiform erheben könnte, Revue passieren und sucht sie zu beschwichtigen, indem er seine Theorie als Arbeiter, Käufer, Verkäufer, Kaufmann, Massenbedienter, Auszubildender, Unternehmer, Wucherer, Spekulant, Einbrecher, Sparrer, Konsumverein, Soldat, Wägenführer, Kaufmann usw., in deren Mägen er spricht, lebhaft vorstellt. Am meisten interessiert uns natürlich, was er den Arbeiter über das Reformgesetz sagen läßt. Dieser findet es ziemlich blödsinnig, Parlament, sogar Armut im Vergleich zu seinem Vorgänger, dem schönen alten Geldes. Doch will er sich damit abfinden, wenn es nur seinen Zweck erfüllt. Ihm werde es jährlich an seinem Geldstande 5 Proz. verlieren, aber auch damit genügt er sich abzufinden. Mehr als den Wobereiformer behalte der Arbeiter doch seinen harten Geldes. Bezugsliste der nun 20 Mt., so verliere er darauf im Laufe eines ganzen Jahres 20 Mt. 50 Proz., also 1 Mt. 100. So gut wie nichts im Vergleich mit den anderen indirekten Steuern. Uebrigens komme dieser Verlust ja direkt dem Staate zugute, so daß er um so weniger Steuern anderer Art zu zahlen haben werde. Und der Arbeiter (schreibt seinen Monolog: „Soweit wäre mir die Reform oder von Vor- als Nachteil. Man sagt aber, daß die Reform bestimmt ist, in Verbindung mit der Wobereiform das Recht auf den vollen Arbeitsvertrag zu bewerkstelligen, aber das werde ich an dem Erfolg erst nachprüfen können. Ich habe keine Zeit, mich in diese Fragen zu vertiefen. Treffen diese Erwartungen zu, na, dann um so besser!“

Diese Arbeiterüberzeugung gefällt uns ganz und gar nicht. Sollen wir an den Erfolg glauben, den Herr Gessel sich von seiner Reform verspricht, so muß er uns durch seinen „Arbeiter“ diesen Erfolg nachweisen, darf diesen aber nicht eine abstrakte Stellung einnehmen lassen, um den Erfolg nachprüfen zu können. Es, wie sich Herr Gessel durch seinen „Arbeiter“ mit dem Recht auf den vollen Arbeitsvertrag abfindet, vermehren wir es nicht zu tun. Es ist übrigens bezeichnend, daß seine Beweiskette gerade in diesem Punkte so schwach bleibt. Wir sind bekanntlich auch Anhänger des Rechtes auf den vollen Arbeitsvertrag, können dessen Verwirklichung aber nur von der sozialistischen Produktionsweise erwarten, die bekanntlich den mühseligen Gewinn von vornherein ausschaltet und uns nicht auf Sachheiten verweist, wie sie der Verfasser vorschlägt, und deren Wirkung erst abgewartet werden müßte. Unter der Herrschaft der sozialistischen Produktionsweise werden alle der Gesellschaft dienenden Arbeiter gleichmäßig Anteil haben an den Erzeugnissen der Gesamtheit, gleichviel, welche Stellung der einzelne in Produktionsprozess einnimmt. „Sklaven“ oder Parasiten wird es nicht geben, daher auch keinen arbeitslosen Gewinn, und die Bildung von solchen braucht nicht erst künstlich verhindert zu werden mit Mitteln, wie sie Herr Gessel vorschlägt. Nach seinem Plane ist die Bildung von mühseligen Gewinn noch nicht ausgeschlossen, doch soll ihr möglichst entgegen gewirkt werden, nach dem Sozialismus braucht das letztere nicht erst zu geschehen, weil das erstere unmöglich ist. Wir halten es deshalb nach wie vor mit dem Sozialismus, der mit der kapitalistischen Produktionsweise ganz aufhört, nicht mit der kapitalistischen Produktionsweise, auch wenn deren Schäden für die Allgemeinheit so weit gemildert werden könnten, wie Herr Gessel glaubt.

Das alles hindert uns aber nicht, das Buch des Herrn Gessel allen zum Studium zu empfehlen, die sich für wirtschaftliche Probleme interessieren. Sie werden darin manche wertvolle Anregung finden, die auch für die Ausbreitung des sozialistischen Gedankens verwerdet werden kann.

Die Internationale der Textilarbeiter.

Vortrag von W. H. R. Berlin.
Gelesen daselbst am 8. September 1907.

Die Erkenntnis, daß sich die Lage der Arbeiter des einen Landes nicht vollständig bessern kann, wenn sie nicht auch für die Arbeiter anderer Länder besser wird, kann den Textilarbeitern (den Textil-Textilarbeiterkreise) wachen es, in denen sich der Wunsch nach internationaler Verständigung zuerst mit regte. — Es hat lange Zeit gedauert — nahezu 20 Jahre — ehe wir zu so fester internationaler Verständigung kamen, wie sie heute haben.

Die heutige Textilarbeiter-Internationale ist das Produkt der Kongresse von Brüssel 1894, Gent 1897, London 1897, Berlin 1900, Zürich 1902, Holland 1903, und der Nachkommen von Brüssel 1906 und Basel 1907.

Der Kongress in Wien 1908 wird ein weiterer Meilenstein in der Geschichte der Textilarbeiter-Internationale werden.

Die Vertreter der deutschen Textilarbeiter-Internationale an dem Kongress in Stuttgart haben die Gelegenheit nicht ungenutzt benutzend, um die besten Kräfte für die weitere Ausbreitung der Textilarbeiter-Internationale zu wecken. Und so wird die Stuttgarter Tagung auch für unsere spezielle internationale Sache von Nutzen gewesen sein. Wir haben dort Mühsende genommen mit den Vertretern von Schweden, Norwegen, Dänemark, Polen, Serbien, Bulgarien, Rumänien, Amerika und Japan.

Überall fehlen die Organisationen auch der Textilarbeiter ampor. Nur Japan macht eine Ausnahme. Mit heimische prunkvolle Brutalität wird dort jede auf Organisationsbetroffene gerichtete Tätigkeit unserer Kollegen und Genossen niedergehalten. Der Vertreter von Japan brachte in Stuttgart zum Ausdruck, in welcher gebrüder Lage das Proletariat sich dort befindet.

Der Stuttgarter Kongress war ein glänzender Beweis des internationalen Mutes und Denkens der sozialistischen Arbeitervertreter der ganzen Welt. Dieses Mutes und Denken aber muß auf die Massen der Arbeiter beider Geschlechter übertragen werden; in internationaler sozialistischer Weise muß die Arbeiterkraft aller Länder erzogen werden, wenn sie die großen Ziele erreichen soll, welche in Stuttgart auf uns gestellt worden sind.

Um aber zu erreichen, daß das internationale Mutes und Denken der Massen erhalte, muß man die Massen mit den Zielen der internationalen Bewegung vertraut machen, und zwar sowohl mit den hohen, hehren, idealen, als auch mit den näheren, materiellen. Wir müssen ein Interesse der Masse an der Internationalen auslösen, welches die Kongressarbeiten überdauert.

Die Wirksamkeit unserer Internationalen war bisher noch problematischer Natur. Das zeigen die Verhandlungsgegenstände früherer Kongresse. Es standen zur Diskussion in Manchester: Der Achtstundentag, die internationale Organisation, Lohnsteigerung und Abwehr von Lohnreduktionen; Gent: Arbeiteraufsehergesetz, Achtstundentag, internationale Organisation, Nacht- und Heberarbeit, Sonntagsarbeit; Mailand: Achtstundentag und Arbeitszeitverkürzung, Verbot der Kinderarbeit, Arbeiteraufsehergesetz, internationale Organisation, Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter und Unfall, Preise; Berlin: Arbeiteraufsehergesetz, Achtstundentag, Erhebungen über die Lage der Textilarbeiter, Wärmemessung, internationale Organisation, Nacht- und Heberarbeit, Aufhebungsbedingungen für den nächsten internationalen Kongress; Zürich: Der Kongress hat eine Forderung von 14 Punkten, von denen ich erwähnen will: Abschaffung der Aftoparbeit, Aufhebung der Nacht- und Heberarbeit, sowie Freigabe des Samstagnachmittags, Gründung eines internationalen Streikfonds, Stillsitz über Arbeitszeit und Löhne, der gesetzliche Mindestlohn, Einführung einheitlicher Wärmemessung und des metrischen Systems, Alkoholfrage, Gewerkschaftsfrage.

Die Beschlüsse und Resolutionen des Kongresses hatten — mit Ausnahme dieser betreffend: internationale Organisation, Zulassungsbedingungen, Erhöhung eines internationalen Streikfonds — bisher keine greifbaren Resultate. In der Frage der metrischen Maßbezeichnung ist z. B. nach nicht einmal unter der internationalen Textilarbeiter-Assoziation eine Einigung erzielt worden. In vorigen Jahre gab die „Cotton Factory Union“ noch gegen das metrische System zu Felde und behauptete das Yardmaß.

Wozu 1898 brachten sich die Unternehmer auf einem Kongress zu Paris zugunsten einer einheitlichen Garnnumerierung aus, doch ist bis heute die Angelegenheit noch keinen Schritt weiter. Koloss Wagner referierte in Zürich über die Fragen des metrischen Systems und der einheitlichen Garnnumerierung und legte dar, welches Interesse die Arbeiterchaft an der Regelung dieser beiden Fragen habe. Die Stellung der Arbeiterchaft in dieser Frage ist gegeben durch die fortgesetzten schamlosen Vergrößerungen der Unternehmern den Arbeitern gegenüber bei Berechnung der Löhne. Es wird heute in unserer Industrie gerechnet nach Zoll und Elle, Meter und Zentimeter, nach Yard und Yards — zum Schaden der Arbeiter, zum Vorteil der Unternehmer. An einer einheitlichen Garnnumerierung haben die Arbeiter aus den gleichen Gründen ein sehr großes Interesse, wie an der metrischen Messungsbearbeitung. Die Kongressbeschlüsse betreffend Arbeiteraufseher haben bei uns (sowohl wie anderwärts) bisher keine Wirkung gehabt. In Deutschland ist z. B. die Unfallfrage noch jährlich um mehr als eine halbe Million Unfälle, und die Textilindustrie fordert ihre Mitarbeiter wie jede andere.

Die Beschlüsse betreffend Verkürzung der Arbeitszeit führten in Deutschland zur Einreichung einer Petition an den Deutschen Reichstag am 8. März 1906 (Nr. 11 des „Textilarbeiter“, 1906) durch den Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes. In der Petition wurden Maßnahmen verlangt zugunsten des metrischen Systems, des Achtstundentages und einer 40stündigen Sonntagserubepause bzw. Freigabe des Samstagnachmittags.

Als jedoch am 13. Dezember 1906 die „Arbeiter“ aus dem Reichshaus an Brandenburger Tor hinausgeführt wurden, war auch die für drei Viertel Millionen deutscher Arbeiter beiderlei Geschlechts eingereichte Petition erledigt.

Schade um den Briefbogen, auf dem sie geschrieben stand!

Es kann uns aber die bisherige Erfolglosigkeit nach dieser Richtung hin nicht entmutigen! Wir wissen, daß die Propaganda für die vorerwähnten Fragen ununterbrochen betrieben werden muß, wenn die gesamte Arbeiterchaft von dem Geiste, der den gesagten Beschlüssen entspricht, erfüllt werden soll.

In der Frage der Aftoparbeit z. B. differieren wir innerhalb unserer eigenen Reihen noch verschiedene Meinungen haben. Das kann man bei Verhandlung von Tariffragen beobachten.

Weg in der Frage der Frauen- und Kinderarbeit differieren unsere Anschauungen mit denen eines Teiles der englischen Arbeiterchaft ganz erheblich. Da gilt es also, durch erneute Diskussion Klarheit und Einigkeit in der Auffassung zu erstreben. Diese Streben wird uns aber bei praktischen Gegenwartsarbeiten nicht hindern. Am Gegenstand! Aus den Diskussionen in früheren Zeiten ziehen wir unsere Schlüsse für die Gegenwart und Zukunft.

Das uns jetzt besetzende Solidaritätsgefühl wuzette in den bei früheren Zulagenmehrfachen ausgefochtenen Kämpfen, durch welche man sich kennen und schätzen lernte und durch welche man zur klaren Erkenntnis der Zusammengehörigkeit kam. Und hier darf gesagt werden, daß die deutsche Textilarbeiterchaft bei ihrer unermüden Solidaritätsgefühl auch jederzeit praktisch betätigt hat. z. B. gegenüber Kämpfern in Frankreich, Belgien, Polen, Ungarn und Dänemark.

Der Beschluß von Zürich, einen internationalen Streikfonds zu schaffen, war gleichfalls ein Ausfluß des Solidaritätsgefühls der Textilarbeiter. Dieser Beschluß dürfte bald praktisch wirksam werden.

Nur ist der Fonds festgelegt bis zu einer gewissen Höhe, aber diese Höhe wird bald erreicht werden. Denn mit dem ersten Erfolge der nationalen Organisationen in allen Ländern geht ein Erfolge der internationalen Streikfonds, welche aus proportionalen Beiträgen besteht, Hand in Hand. Natürlich müssen die Beiträge aus diesen Fonds so hoch als möglich bemessen werden, und das wird in nächsten Jahre in Wien geschehen.

1. Doch in diesem Monat haben die internationalen Vertreter aller angeschlossenen Nationen ihre Vorschläge für ein internationales Streikreglement an den internationalen Streikfonds einzuweisen. Das Streikreglement wird dann der Wiener Kongress endgültig beschließen.

2. Es ist ganz natürlich, daß die Wirksamkeit des internationalen Streikfonds von den einzelnen Nationen herbeigeführt wird mit entsprechenden internationalen Organisationen. In den nächsten Jahren werden die einzelnen Nationen dazu kommen müssen, wenn sie die internationale Organisation der Arbeiterchaft nicht nur in Worten, sondern in der Tat unterstützen wollen. Die Arbeiterchaft der einzelnen Nationen muß die im ersten Satz des Kongresses beschlossene

Die Engländer haben schon den vordringlichen Vorschlag gemacht, für sich auf jede Privilegierung des Handels vorzubereiten zu haben.

Die Hauptsache wird in unserem Verordnungsstadium immer der Wunsch der nationalen Organisationen sein und haben dazu bedürftig vor allem die Erhöhung der Leistungsfähigkeit durch Erhöhung der Beiträge. Es ist deshalb bedauerlich, daß die französischen Kollegen auf ihrem jüngsten Kongress zu St. Louis ebenfalls eine Erhöhung der Beiträge — die sie so sehr nötig hatten — verlangten.

Grundlage unserer Internationalen müssen immer nationale Organisationen sein. Das zeigte ja recht die von Frau Mary begründete sozialistische Internationale, die so lange nur ein Scheitern basierte, wie in den einzelnen Ländern keine unabhängigen Organisationen vorhanden waren. Die Arbeiter und Arbeiterinnen für unsere Internationalen ist um so besser und erfolgreicher, wenn auch die praktische Gegenwartsarbeit auf internationaler Arbeit zu erleichtern sein. Dem Weltkongress gegenwärtige Unterstützung der Lohnkämpfer durch Verhaftung des Hauptes. Im Falle des Spinnereistreiks in Ostpreußen ist es gelang es uns, den Hülfsaus aus Nottingham (England) zu unterstützen und die Ausgaben zu unterstützen zu bewegen. Das Haupt wurde gewonnen. Die französische Gegenwartsarbeit ist ferner gegenwärtige Unterstützung in Frankreich, was besonders für Sozialisten gilt: Kolonialarbeiter, Zuchtmeister, Gummilager, Silikon und Gerdienmeister wichtig ist.

Verhinderung von Auszug bei Streik wird noch nie von unser Vorkriegszeit sein müssen. Dazu helfen uns die Spezialisten unserer Zeitungen, welche wie die der Textilarbeiter zeigt, eine auf einer Verständigung mit Arbeitgeber und der Schlichter beruhende Vorbereitung aufweist.

Die Frage der an die Organisationsangehörigen der verschiedenen Länder zu gewöhnlichen Reibungsverhältnissen sowie die Frage des Nebeneinander von einer Organisation zur anderen bedarf dringend der Regelung. Die Frage des Nebeneinander von einer Organisation zur anderen wird nach manchen Schwierigkeiten bestehen, weniger mit den Kollegen in unseren Nachbarländern, als mit den in überseeischen Ländern, den Engländern, Amerikanern und Australiern, diese ergeben von Eingewanderten oft so unerwartungsvoll hohe Eintrittsgelder, daß ein Eintritt in die Trade Unions fast zur Unmöglichkeit wird, und ohne Organisationszugehörigkeit gibt es in den meisten Fällen keine Arbeit.

Wir haben die Arbeiter in diesen Ländern eine gewisse Verehrung, darauf zu achten, daß nicht durch Angehörige einer dieser streikenden Masse ihnen die Lebenslage verschlechtert wird im Interesse des Profits ihrer Ausbeuter. Aber dieser Streikende abzuweisen, statt sie zu sich heraufzuziehen — das ist nicht sozialistisch.

Welche Stellung die Arbeiter in der Zukunft in dieser Frage einzunehmen haben, ist in Stuttgart bei der Diskussion über die Aus- und Einwanderung gesagt worden. Dabei ist, daß wir die deutschen Arbeiter, und sogar um die Organisation der zu uns ins Land gebrauchten dieser streikenden Arbeiter bemühen, so viel wie nur können. Und wir haben bei diesen, Polen und Italienern unter Organisationsstützung mit viel Erfolg versucht, daß der Auszug dieser Arbeiter heute dem Kapitalisten nicht mehr genug lohnt und man mit dem Auszubereiten, daß die deutschen Arbeiter sich nicht halb dazu begeben, den Erfolg zu küssen, mit dem man sie täglich auf den Rücken tritt. Auch will der Auszug haben an Stelle deutscher Arbeiter, auch will der Arbeitgeber haben an Stelle deutscher Arbeiter, auch will man's so leicht kommen, dann schließlich für ein jedes Interesse für das sogenannte Vaterland, und der Fall kann auch die Stelle der deutschen Steuerzahler und Vaterlandverteidiger belegen.

Die Frage der „gelben Gefahr“ ist für uns eine europäische Arbeiter nicht so groß, als für die amerikanischen und australischen Arbeiter. Aber auf jeden Fall wäre es besser, wenn die Arbeiter dieser beiden Länder nicht auf die europäische Arbeiter auszuweichen, sondern mehr in dem Sinne tätig wären, in dem der Herr Komara aus Japan in Stuttgart sich äußerte: Man solle den armen Japaner, wo er auch hinkommt, helfen, die Hand reichen, ihm das Wissen und die Bildung beibringen, die ihm im eigenen Vaterlande verweigert werden.

Die kapitalistische Klasse verfolgt aber mit der Drohung, Nulla importieren zu wollen, und mit dem heutigen Streikrecht im port noch einen anderen Zweck, den wir allerdings klar durchschauen, nämlich den: den Massenstab in der Arbeiterbewegung aufzulockern und unsere weltumspannende Internationale zu gefährden. Doch die Gewerkschaften können beruhigt sein. Es wird ihnen nie mehr gelingen, die Arbeiter aneinander zu hegen zur Befestigung ihrer Macht, zur Sättigung ihrer Profitgier. Neben alle derzeitigen Versuche wird unsere alte stolze Parole triumphieren: Menschenrechte für alle, das Menschenamtlich trägt!

Was den Umfang unserer Internationalen anbelangt, so ist mitzuteilen, daß ihr die zum Kongress in Mailand neun Länder mit circa 350 000 organisierten Textilarbeitern angehören.

Organe unserer Internationalen sind: der internationale Kongress, das Sekretariat mit dem Sekretär — gegenwärtig der Kollege William Marshall in Manchester — das internationale Komitee, welches von den Vertrauensleuten der verschiedenen Nationen gebildet wird, und unsere internationale „Mundschau“.

Unsere internationale „Mundschau“ soll das geistige Band sein, welches die internationale Textilarbeiterbewegung umfassen soll. Die erste, nach den Vorschlägen der deutschen Vertrauensleute abgestimmte Nummer enthält Berichte aus England, Oesterreich, Frankreich, Dänemark, Schweiz, Holland, Belgien und Deutschland. Die „Mundschau“ ist in englischer, französischer, ind deutscher Sprache gedruckt und wird allen Ortsverwaltungen zu je einem Exemplar zugestellt. Notwendig ist jedoch, daß in allen Ortsverwaltungen Kenntnis genommen wird von den Verträgen der verschiedenen Länder, um so das Verständnis für die Verhältnisse anderer Länder zu wehren und die Tätigkeit der Bruderorganisationen kennen zu lernen. Jetzt gilt es mit Kraft und Geduld die neue Waffe auf internationaler Gebiete zu gebrauchen. Der Wiener Kongress ist ein letzteres für den Ausbau und die Befestigung der internationalen Beziehungen zur müssen, in Zukunft Anstellung eines internationalen Sekretärs, denn im Nebenamt wird auch der wichtigste Kollege die notwendigen Arbeiter nicht auf die Dauer erledigen können.

So tragen wir Textilarbeiter nach besten Kräften unsere beschriebenen Teil mit dazu bei, daß die Arbeiterbewegung immer mehr rückt. Derzeitige streikend ist es zu sehen, welche Anstrengungen von den proletarischen aller Kulturländer gemacht werden, einander beiderseitig näher zu kommen. Mitbestimmnisse auszufachen und, wo sich solche, doch zeigen, diese wieder auf zu machen! Das ist der Hauptzweck der Arbeiter aller Länder geltend. Wir haben die kapitalistische Weltbewegung zu erkennen, wobei ein in den Ländern drückt, die Arbeiter, aus Mitbestimmnissen untereinander Band zu beschreiben, und große soziale Revolutionen werden das greifen.

Der goldene Internationale des Kapitalismus, der schwarze Internationale des Militarismus und der blauen Internationale des Weltzivilismus haben wir die rote Internationale des Sozialismus angegriffen.

Don't let a man be a slave, wie es noch nie die Arbeiter in der Welt, solange Menschen auf der Erde wohnen, nach der Weltmacht zu haben und das noch keine in der Welt. Wir haben die sozialistische Weltbewegung zu erkennen, wobei ein in den Ländern drückt, die Arbeiter, aus Mitbestimmnissen untereinander Band zu beschreiben, und große soziale Revolutionen werden das greifen.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

Deutsches Reich.

(Wachenherbst.)

Der Streik der Firma Brüde in Mendenkirchen bei Münster kündigte 120 von 170 beschäftigten Arbeitern wegen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die in der Lohnbewegung befindlichen Arbeiter sind Mitglieder des christlichen Fabrikarbeiterverbandes.

Der Streik der Tischweber bei Wolf u. Lukas in Oberfeld dauert fort.

Der Streik der Tischweber bei David Richter in Chemnitz währt gleichfalls fort.

Die Differenzen, welche seit 8 Wochen in der Seidenfabrik von Schmitz u. Co. in Wike radh bestanden, sind nach mehrmaligem Verhandeln zwischen der Firma, dem Stadtschultheißenamt und der Gewerkschaft durch folgenden Vergleich beendet worden:

- 1. Die nachmalige Prüfung der Differenzpunkte, die in der Sitzung vom 4. September zur Sprache gelangt wurden, kommen beide Parteien zu folgender Verständigung:
- 2. Die ausstehende Prämie von 6 Minuten vor 12 Uhr mittags bleibt bestehen.
- 3. Aussehen wegen Mangel an Material wird, sobald es einen halben Tag überschüssig, nach dem Ergebnis der letzten fünf Lohnzahlungsberechnungen vergütet.
- 4. Die Entlassung des Webers A. D. bleibt bestehen.
- 5. Die Firma verpflichtet, dem Weber Friedrich Boh Samstag, den 28. September, sein Arbeitsverhältnis zu kündigen.
- 6. Persönliche Zwistigkeiten innerhalb der Arbeiterschaft bilden keinen Grund, um von der Betriebsleitung die Kündigung des einen oder anderen zu verlangen.

Für die Firma:

H. Schmitz.

Für den Verband Deutscher Textilarbeiter:

Karl Schrader, Gauleiter.

Die Hauptforderung unserer Kolleginnen, den Weber Boh wegen seines unbilligen Verhaltens zu entlassen, ist erreicht. Daneben ist für die Arbeiter das Bezahlen der „unfreiwilligen Feiertage“ ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Ist es doch schon so vielfach vorgekommen, daß Arbeiterinnen tagelang ausbleiben mußten, ohne jedwede Vergütung zu bekommen. Wenn auch die Gewerbeordnung die Bezahlung solcher „unfreiwilliger Feiertage“ vorschreibt, so genügen sich hier in diesem schwarzen Mittel die Arbeitgeberinnen doch sehr, das bestehende Gewerbegesetz in Anspruch zu nehmen. Seltens werden sie von dem die Klage entgegennehmenden Beamten nicht besonders zupferrig behandelt und schließlich hat der hier domizilierende Gewerkschaften (Girisch-Duncker) trotz seines langen Bestehens nicht verstanden, das Rechtsbehelfen für Arbeiter zu stärken. Mit der Forderung der Differenzen fällt auch das „Liebeswerben der Girische“, das sich in die Worte heilt: „Wenn euch euer Verband nicht hilft, dann gehen wir uns für euch ein“ platzt ins Wasser. Kolleginnen, merkt euch das! Wenn die „Girische“ euch helfen wollten oder könnten, dann hätten sie es schon seit Jahren tun können. Aus den Vorkommnissen müßt ihr die Lehre ziehen, daß nur der Textilarbeiterverband eure Rechte energisch wahrnimmt. Darum müßt ihr aber auch weiter lernen, daß man nicht nur in kritischen Tagen einzeln zusammenkommen muß, um Erfolge zu erzielen, sondern daß es bei vorübergehenden Anlässen Zusammenhaltens bedarf, um unseren Forderungen — Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen — näher zu kommen.

Ausland.

Belgien. Der Zustand der Weber in Wetteren hat, wie aus Briefen gemeldet wird, nach 19 Wochen mit einem Erfolg der Forderungen geendet. Die Ausständigen beschlossen mit 787 gegen 25 Stimmen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie haben eine Lohnaufbesserung von 11 Proz. an Stelle der geforderten 20 Proz. erhalten.

Ungarn. In den Lutzer Spinnereien ist ein neuer Ausstand ausgebrochen.

Amerika. In St. Louis streikten 80 000 Arbeiter von 18 Schuhschneidern.

Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen.

Deutsches Reich.

Ein großer Bergarbeiterstreik ist in der Niederlausitz ausgebrochen.

Die Brauereiarbeiter in Regensburg sind in einen Streik getreten. Die Süddeutschen Schiffsleute sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Ausland.

Oesterreich. Ein internationaler Bergarbeiterkongress tagte in Salzburg.

Belgien. Der Kampf im Antwerpener Hafen nimmt seinen Fortgang. Die Arbeiter sollen sich bedingungslos unterwerfen, was sie natürlich nicht tun wollen, wodurch die Ausperrung in die Länge gezogen wird.

Neueren Meldungen zufolge wollen die Erz- und Kohlenverarbeiter zu den von der Dofavororganisation genehmigten Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen. Der eigentliche Streik (der Holz- und Kohlenverarbeiter) würde dann aber noch bestehen bleiben.

Holland. Ein ausgebreiteter Bergarbeiterstreik hat sich hier entzündet.

England. Auch kann bei Erscheinen des Blattes ein Bergarbeiterausstand ausgebrochen sein.

Norwegen. Ein norwegischer Gewerkschaftskongress fand im Anschluß an den skandinavischen Arbeiterkongress der politischen und gewerkschaftlichen Vertretung von ganz Skandinavien in Kristiania vom 10.—18. September statt. Die Gewerkschaftsbewegung ist in Norwegen in einer sehr erfreulichen Entwicklung begriffen. Es waren in den angeschlossenen Organisationen vorhanden:

Ende 1904	8089 Mitglieder in 241 Abteilungen
1905	15039 " 287 "
1. April 1907	28899 " 444 "
1. Juli 1907	29985 " 444 "

Rundschiff handelte es sich darum, die Mindestsumme festzusetzen, die die angeschlossenen Organisationen als regelmäßigen Streikbeitrag von ihren Mitgliedern erheben müssen. Bisher wurde 10 Öre pro Woche gezahlt, in Zukunft müssen mindestens 7,50 Kronen (1 Öre = 100 Öre = 1,10 Mk.) erhoben werden.

Frauen- und Bedienstete, sowie solche Hilfsarbeiter und ungeschulten Arbeiter, die weniger als 3 Kronen pro Tag verdienen und infolgedessen in ihrer Organisation einen geringeren als den allgemeinen üblichen Beitrag zahlen, brauchen nur zur Zahlung der Hälfte der vorgenannten Summe verpflichtet zu werden.

Der Beitrag, den die angeschlossenen Organisationen an die Landeszentrale zu zahlen haben, wurde auf 25 Öre pro Mitglied mit Monat festgesetzt. In Deutschland beträgt der an die Gewerkschaftskommission zu zahlende Beitrag 1,10 Mk. pro Monat. Dieser Unterschied ist zu berücksichtigen, wenn die Gewerkschaften in Deutschland die neue allgemeine Gewerkschaftsbeiträge zahlen, die die Gewerkschaften in anderen Ländern zu zahlen haben. Die zu zahlenden Beiträge können also zum großen Teil zur Unterhaltung von Streiks und Ausperrungen, nur zu einem geringen Teil für andere Ausgaben.

Bisher wurde ein fester Beitrag für Streikwende nicht erhoben. Bei Streiks und Ausperrungen hatte das Sekretariat das Recht, einen Extrabeitrag bis zu 25 Öre pro Woche für ganz beabsichtigende und 25 Öre für halbbeabsichtigende Mitglieder auszuheben. Dieser Beitrag mußte von jeder Gewerkschaft für ihre Mitglieder gezahlt werden. In den letzten Jahren wurde für Streikwende pro Mitglied und Woche gezahlt werden: 1903 8 Öre, 1904 8 Öre, 1905 11,3 Öre, 1906 in den ersten drei Monaten 13,5 Öre. Die durchschnittliche Ausgabe in den letzten vier Jahren betrug 10,8 Öre pro Mitglied und Woche.

Statte der nunmehr festgesetzte Beitrag von 25 Öre pro Monat, der unter dem bisher gezahlten Durchschnitt steht, zur Deckung der Ausgaben für Streiks und Ausperrungen nicht ausreicht, so kann eine Extrabeitrag von 25 resp. 25 Pf. pro Woche festgesetzt werden.

Unter besonderen Umständen kann der Hauptvorstand, eine den deutschen Vorstandskongressen entsprechende Körperschaft, mit Zweidrittelmajorität eine Verdoppelung des Extrabeitrags beschließen.

Als Unterstützung an Streikende und Ausgesperrte wurden 7 Kronen festgesetzt. Wenn mehr als 40 Proz. der Verbandsmitglieder am Streik oder an der Ausperrung beteiligt sind, soll der bisherige Satz von 8 Kronen gezahlt werden.

Eine eingehende Diskussion fand über die Festsetzung allgemeiner Bestimmungen für Tarifabschlüsse statt. Der Mejerent Orestad, Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes, wies auf die Notwendigkeit hin, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Mit dem Ersparnen der Gewerkschaften meinten sich die Tarifabschlüsse, aber infolge Mangel an Erfahrung seien diese teilweise recht ungenügend abgemacht. Es wurden für kommende Tarifabschlüsse folgende Regeln aufgestellt:

- 1. Die Tarifverträge müssen so klar und unabweislich abgemacht werden, daß sie nicht selbst den Anlaß zu neuen Streitigkeiten geben.
- 2. Es sind bestimmte Regeln für Verhandlungen und Schiedsgerichte festzusetzen, damit bei verschiedenartiger Auslegung oder bei Bruch des Vertrages eine rechtsgültige Entscheidung getroffen werden kann.
- 3. Die Verträge sind auf mindestens zwei Jahre abzuschließen; ein Rücktritt von Verträgen unter dem einen oder anderen Vorwande darf nicht gestattet werden.

Falls eine Organisation einen Vertrag schließt, der in bezug auf die vorstehenden Regeln mangelhaft erscheint und für die Landesorganisation Streitigkeiten und Ausgaben mit sich bringen kann, so hat das Sekretariat das Recht, die Anerkennung des Vertrages zu verweigern. Trifft der Vertrag trotzdem in Kraft, ohne daß die vom Schiedsgericht gerichteten Mängel beseitigt sind, so hat die Organisation für alle daraus entstehenden Ausgaben selbst aufzukommen. Auch kann die Organisation die Güte des Sekretariats zur Herbeiführung eines besseren Vertrages erst nach Ablauf von zwei Jahren seit dem Abschluß des ersten Vertrages erhalten. Nur bei besonderen Umständen kann von dieser Regel abgesehen werden.

Auch eine internationale Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen fand in Kristiania statt. Betreffend Übertritt von der Organisation des einen Landes zur Organisation des anderen Landes wurde folgender Antrag angenommen, der in den zuständigen Körperschaften der verschiedenen Länder zu beschließen ist:

„Die Konferenz ist der Meinung, daß Mitglieder solcher Verbände, die der gewerkschaftlichen Zentrale ihres Landes angeschlossen sind, wenn sie in einem anderen Lande ausreisen und eine Abmeldebescheinigung ihrer bisherigen Organisation vorlegen, von ihrer dortigen Berufsorganisation als Mitglieder aufgenommen werden müssen.“

Soweit keine anderweitigen Abmachungen zwischen den einzelnen Berufsorganisationen bestehen, gelten folgende Übertrittsbedingungen:

- a) Das in der bisherigen Organisation gezahlte Eintrittsgeld wird angerechnet. Sollte das von Mitgliedern erhobene Eintrittsgeld in der neuen Organisation höher sein als in der alten Organisation, so kann die Differenz erhoben werden.
- b) Bezüglich des Anspruches auf Unterstützungen und andere Vorteile wird die Summe der in der bisherigen Organisation gezahlten Beiträge angerechnet, jedoch mit der Maßgabe, daß auf keinen Fall eine längere Mitgliedschaft angerechnet wird, als tatsächlich vorhanden ist.“

Diese Resolution richtet sich hauptsächlich an die Adresse der englischen Gewerkschaften. Dann wurde folgende Resolution angenommen:

„Die fünfte internationale Gewerkschaftskonferenz ist der Auffassung, daß die einzelnen Gewerkschaften, sowohl aus allgemeinen Solidaritätsgründen, wie auch mit Rücksicht auf die jetzt zunehmende Koalition der Unternehmer die Pflicht haben, den betreffenden Berufsverbänden im eigenen Lande anzuschließen, und daß diese Verbände aus den genannten Gründen verpflichtet sind, sich der gewerkschaftlichen Zentrale ihres Landes anzuschließen.“

Wenn dieser Hauptpflicht nachgekommen ist, aber auch nur dann, fällt die Konferenz es für richtig, daß die einzelnen Berufsverbände sich international mit den entsprechenden Verbänden anderer Länder verbinden, teils um sich, wenn nötig, bei größeren Lohnkämpfen eine weitere Unterstützung als die, welche die Landeszentrale aufzubringen vermag, zu sichern und weiter, um durch die engstmöglichen tätigen Weisungen nach jeder Richtung hin die internationale Verbrüderung der Arbeiter aller Länder zur Durchführung zu bringen.“

Hinsichtlich der Regelung der Auswanderung durch die Arbeitsvermittlung der Gewerkschaften wurde eine Resolution angenommen, die ausspricht, daß die Organisationen ersucht werden, den Arbeitsnachweis der angeschlossenen Gewerkschaften des Auslandes die etwa verlangten Auskünfte über die Lage des Arbeitsmarktes zu geben. Ferner wird der internationale Sekretär ersucht, um die Beschlässe von Stuttgart in die Praxis umzusetzen, mit den am meisten interessierten Ländern in Verbindung zu treten. Es sei augenblicklich, ohne die Position der Arbeiter in den einzelnen Ländern zu schädigen, nicht möglich, den Arbeitsnachweis für fremde Arbeiter zu organisieren.

Bezüglich der in Amsterdam beschlossenen internationalen Erklärung über die Dauer der Arbeitszeit waren die meisten Delegierten der Meinung, daß es unmöglich sei, die Erhebung in der geplanten Weise zu machen; man habe sich in Amsterdam die Arbeit so leicht vorgesetzt. Der Sekretär von Ungarn schlug vor, auf die internationale Zusammenkunft zu verzichten und dafür den Landeszentralen zu empfehlen, nach Möglichkeit über die Arbeitszeit ihrer Länder Erhebungen anzustellen. Einen ähnlichen Antrag stellte Ossen-Dänemark, der noch verlangt, daß die Ergebnisse in dem zuerst erschienenen internationalen Bericht veröffentlicht werden. Der Antrag Ossen wurde angenommen.

Gegen den Streikbeitragsimport von einem Lande in ein anderes nahm die Konferenz folgende Resolution an:

„Die Konferenz verurteilt diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die in Konfliktfällen Arbeit als Streikbrecher in anderen Ländern annehmen. Da die Unternehmer und Kapitalisten in mehreren Ländern sich jetzt der Arbeitskräfte aus anderen Ländern bedienen, fordert die Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen die Organisationen der angeschlossenen Länder auf, ihre Aufmerksamkeit dieser Frage in besonderer Weise zu widmen und wenn möglich, soll die Landeszentrale in dem Lande, aus welchem die Streikbrecher kommen, deren Namen in ihrem Heimatlande veröffentlicht werden. Am besten soll solchen Streikbrechern die gleiche Behandlung zuteil werden, wie den Streikbrechern im eigenen Lande.“

Die Konferenz empfiehlt weiter, in allen Ländern dahin zu wirken, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften in dem Maße

menten beantragen, daß der Export von Streifbrehern und Montellarbeiten gesetzlich verboten wird.

Es wurde zum Schluß noch empfohlen, darauf zu sehen, daß alle internationalen Arbeiterabereinkommen auch von allen beteiligten Ländern gehalten würden.

Politische Nachrichten.

Der diesjährige Parteitag der deutschen Sozialdemokratie fand vorige Woche in Essen statt. Die Hauptpunkte seiner Tagesordnung waren:

- 1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
2. Bericht der Kontrollkommission.
3. Parlamentarischer Bericht.
4. Bericht vom Internationalen Kongress.
5. Reisebericht.
6. Die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage.
7. Die Alkoholfrage.

In der Parteitagstagung nahm der Parteitag dieselbe Stellung ein, in die der Internationale Arbeiterkongress in Stuttgart gedrängt wurde.

Unter „Sonstigen Anträgen“ wurde auch eine Resolution gegen die Kollastien angenommen, in der derselben ersucht werden, ihre bisherige gewerkschaftliche Sonderstellung zugunsten der vorhandenen Zentralgewerkschaften aufzugeben.

Soziales.

Umfang der Krankenversicherung. Das „Leipziger Tageblatt“ schreibt: Der Umfang der Krankenversicherung in Deutschland wird in der Regel überschätzt. Man meint, außer den Selbständigen und Beamten wäre so ziemlich alles versichert.

Internationale Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt. Eine internationale Ausstellung für Unfallverhütung, Gewerbehygiene und Arbeiterwohlfahrt findet in Budapest statt.

An Reichhaltigkeit steht der deutschen die österreichische Abteilung am nächsten, welche durch 30 Aussteller vertreten ist.

Die Sonntagsruhegesetzgebung in der Schweiz macht rasche Fortschritte. In jüngsten Erlassen der Kantone Bern, Zürich, Neuchâtel folgen solche der Kantone Argau und Solothurn.

Ein Seimarbeitsgesetz in Zürich plant der schweizerische Arbeiterbund im Sommer 1908 zu veranlassen.

Kinderschule in England. England hat noch kein weitreichendes Kinderschutzesetz. Die Ausübung der Kinder in den Heimarbeit und als sogenannte Halbzeiter in den Fabriken wird daher noch recht emsig bestraft.

Gerichtliches.

Wir können einen todschlagen, und geschieht nichts! An dieses freche Wort eines Streikbrechers im Grimmitshauer Weberstreik erinnert die milde Strafe, mit der jüngst das Rixdorfer Schöffengericht einen Ergatz eines Streikbrechers ahndete.

Am 3. September 1908 hatten sich eine Anzahl Streikender, u. a. auch der Arbeiter Friedrich Arndt, vor dem Kohlenplage versammelt, als plötzlich eine Scheibe der auf dem Kohlenplage befindlichen Bude von unbekannter Hand zerstört wurde.

Welche Strafe würde ein mit denselben Vorfragen belasteter Streikender bekommen, der einen Arbeitswilligen in den Kopf schlägt?? Für jeden Schuß mindestens ebensoviel, und er könnte sich dann als gelind bestraft ansehen.

Aus Unternehmertreffen.

Der sächsisch-thüringische Färbereier hielt seine Generalversammlung in Leipzig ab. Der Vorstand wurde wiedergewählt.

Garn-Konvention. Zwischen dem Verband der Kurzwaren-Großisten und der Vereinigung Berliner Detailgeschäfte der Textilbranche sind Verhandlungen eingeleitet worden.

Kongress der amerikanischen Baumwollfabrikanten. Im nächsten Monat wird in Boston ein Kongress der amerikanischen Baumwollfabrikanten stattfinden.

Vermischtes.

Die Invaliditätskarte als Urteilsbes. In dem in Nr. 38 veröffentlichten vertraulichen Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes des Baugewerbes in Aachen war mitgeteilt, daß die Quittungsmarken auf den Invalidenkarten der Krefelder Bauarbeiter die Nr. 41 als Entwertungzeichen tragen.

Arbeiter zuletzt gearbeitet. Die Führer von Streiks oder Ausperrungen sollten diese Vorschläge in Erwägung ziehen.

Kunde im Magen. Von allen Teilen des menschlichen Körpers, die die Chirurgen erforschen, ist der Magen der am häufigsten visitierte. Der Mensch hat die Manie, in den Magen eine Anzahl von Gegenständen zu werfen, die dort nicht das geringste Nutzen haben.

Ein christlicher Führer, der nicht weiß, was er spricht und sich dann seine Unfähigkeit öffentlich beglaubigen läßt, ein solcher Führer ist ein Herr Peter Broich.

„Einmal habe der Angeklagte nur die Bildung der Volkschule genossen und sei daher wohl nicht in der Lage, einen wohl-durchdachten oder theoretisch aufgebauten Vortrag halten zu können.“

Herr Broich ist Funktionär im christlichen Metallarbeiterverband.

Berichte aus Fachkreisen.

Verbitzbof b. Chemnitz. Die Arbeiterschaft von Verbitzbof und Umgegend wird darauf aufmerksam gemacht, daß am 29. September, nachmittags 3 Uhr, auf dem Gartengrundstück des Herrn Hermann Schubert in Verbitzbof eine öffentliche Textilarbeiter-versammlung stattfinden wird.

Berlin. (Unterichtskursus.) Wie wir zu unserer größten Freude mitteilen können, ist die Zahl der sich für unseren Kursus interessierenden Kollegen eine so große, daß wir, um den intimeren Charakter desselben nicht aufzuheben, gezwungen sind, einen Teil der Bewerber auf den wahrscheinlich im Frühjahr nächsten Jahres stattfindenden Lehrkursus zu verweisen.

Berlin II. Die am Mittwoch, den 18. September, abgehaltene Versammlung der Posamentierer Berlins nahm in ihrem ersten Punkt der Tagesordnung Stellung zur „Posamentiererkonferenz“ in Frankfurt.

Wacholt. In Nr. 37 lassen die Wacholter Christlichen einen Artikel vom Stapel, in welchem ein Loblied auf ihre angeblichen Erfolge angestimmt wird.

Die Wacholter Christlichen haben sich in der letzten Zeit bei der Firma S. A. Wehl u. Sohn eine Bewegung ins Leben gerufen, um Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bewirken.

wir bedeutungslos sein. Daß wir die Arbeiter Hochhals von den Fabrikbesprechungen abhalten, zu denen unsere Vertreter nicht zugelassen werden, ist doch selbstverständlich. Weiter schreibt der Herr: Die Mitglieder verlaufen sich; infolge ihres noblen Betragens haben die Genossen das Lokal verloren. Ja, werter Herr, wir prunken nicht mit Zahlen auf dem Papier, denn wenn die Filiale Hochhals des christlichen Textilarbeiterverbandes statutengemäß vorzuzuge und alle diejenigen streiche, die mit mehr als 8 Wochen Beitrag rückständig sind, so würde man vielleicht ein paar Hundert weniger haben. Und hinsichtlich des Lokals können wir Sie beruhigen, haben doch die Genossen noch in den letzten 14 Tagen noch zwei Sitzungen dort abgehalten. Also das ist wieder mal nichts oder doch nur leichtfertiges Geklunne.

Büdingenwähe. Am Sonntag, den 8. September, vormittags 9 1/2 Uhr, fand unsere Versammlung im Lokal von S. Thomas, Windmühlentstr. 8, statt. Zum Punkt Kartellbericht wurde die von der kombinierten Sitzung gefasste Resolution gutgeheißen. Sie lautet: „Organisierte Kollegen, welche sich des Wohlstandes schuldig machen, werden aus der Organisation ausgeschlossen.“ Zum Kassenevisor wurde Fr. Gomalzig gewählt. Die Kollegen mögen ihre Bücher in Ordnung halten, weil dieselben nach Schluß des Quartals eingezogen werden. Auch wäre es nötig, daß sich die auswärtigen Kollegen an den Versammlungen besser beteiligen. Dieselben finden an jedem Sonntag nach dem Ersten, vormittags 9 1/2 Uhr, Windmühlentstr. 8, statt.

Garburg a. Elbe. Mitgliederversammlung vom 19. September. Tagesordnung: 1. Wahl der Ortsverwaltung; 2. Wie verbessern die Jutearbeiter und Arbeiterinnen ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse? 3. Finanzielle Verbandsangelegenheiten. Der 1. Punkt der Tagesordnung mußte zurückgestellt werden, weil die Versammlung zu schwach besucht war. Dem Geschäftsbericht gab der Geschäftsführer Emil Seidenhorn. Redner erregte nach fast einstündigem Vortrag reichlich Beifall. Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich in ähnlichem Sinne aus und versprachen, für den Verband zu agitieren. Zum 3. Punkt der Tagesordnung wurde eine Agitationskommission von 28 Mitgliedern gewählt, welche zu einer Hausagitation verwendet werden soll. Ferner wurde beschlossen, am 18. November 1907 im „Wilsdorfer Park“ das Stiftungsfest zu feiern.

Selbermper. Am Samstag, den 14. September, hielt unser Vorsitzender in einer Mitgliederversammlung einen Vortrag über „Zweck und Nutzen der Organisation.“ Leider war die Versammlung nicht gut besucht, wie hier überhaupt der Versammlungsbesuch viel zu wünschen übrig läßt. Mache es sich endlich jeder zur Pflicht, die Versammlungen zu besuchen, denn nur, wenn unsere Stärke und Kraft auch äußerlich in Erscheinung tritt, wird sie respektiert werden.

Marcklissa-Gartmannsdorf i. Schl. Von allen Textilarbeitern Schlesiens sind die Weber des Queistales mit diejenigen, die unter den traurigsten Erwerbsverhältnissen arbeiten und leben müssen. Steht doch fest, daß dieselben oft 20-30 Proz. billiger arbeiten müssen wie ihre Kollegen in anderen Bezirken Schlesiens. Ein Beispiel von vielen sei hier angeführt. In der Marcklissa-Beerbeger Fabrik bekommt ein Weber für Muttermatten einen Tagelohn von 80 Pf. Das sind pro Woche 480 Pf. In Reichensbach i. Schl. wurden demselben Weber pro Tag 2 Pf. gezahlt. Derselbe konnte noch einen Stuhl mitlaufen lassen und verdiente pro Woche 17,50 Pf. Ferner gibt für Büden, 80% Gang, 88 Zentimeter breit, 70 Meter lang, 24 Schuh auf den Pentimeter, in Beerbeger-Marcklissa 2,10 Pf. In Reichensbach gibt für dieselbe Ware, jedoch bloß 48% Gang, 82 Zentimeter breit, 70 Meter lang und 33 Schuh pro Zentimeter, 3,19 Pf. So arbeiten die Queistalweber jedes Stück um 1,09 Pf. billiger als die Weber dort. Und die Unternehmer wachen zu schamlosem Maße darauf, ihren Kollegen und ihren alljährlich noch zahlende Hausbesitzer in ihre Falle.

Darin wollen die guten Herzen nicht geblüht sein. Und wenn das doch geschieht, dann nennen sie es Ungehörigkeit, deren Ausübung von Arbeitergenossen mieden. Mit den Deuten, die Beschleierung und Aufklärung mit Aufheberei verwechseln, ging Freitag am Sonntag, den 15. September, in einer Versammlung, die in Wilsdorfer i. Schl. stattfand, scharf ins Gericht. Er widerlegte auch die Behauptung, daß die Führer der Arbeiter sich von deren Wünschen müßten. Das geschähe vielmehr von Deuten, welche sich Drohreden mit Summivadem kaufen, damit ihr Allerersterer nicht so durchgeschüttelt wird auf dem schlechten Pflaster. Ein solcher Augus Hüne doch nur von dem Schrage der Arbeit der Arbeiter bekränzt werden, denn aller Reichtum kommt im letzten Ende von der Arbeit. Freitag, wie dem Referenten Fischer-Reichensbach war es daher ein Leichtes, den Versammelten den Wert der gewerkschaftlichen Organisation überzeugend vor Augen zu führen. Eine Anzahl Kollegen wurden für die Organisation gewonnen. Leider war es ein Hundewetter, und mußte Kollege Freitag, da die Versammlung nur im Garten stattfinden konnte, mit aufgegebenem Regensturm in der Hand in fremdem Regen sprechen. So schwer es uns auch gemacht wird, die Wahrheit zu verkünden, es wird und muß uns gelingen.

Kollegen des Queistales! Nehmt Euch ein Beispiel an den Raubauer Kollegen, die eben dabei sind, ihre Lage aufzubessern. Freitag, solange Herr Sommerlatent Weimer selbst in des Arbeiterkonferenz sagt: „Ich brauche nichts zuzulegen, denn meine Reute haben noch nichts verlangt!“ wird es nicht besser. Deshalb, aufgemacht! Schließt Euch unserem Verbande an, dann wird es Euch möglich sein, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen.

Mittweida. Es ist an der Zeit, die Verhältnisse der Baumwollspinnerei - „Musterbetrieb“, so wird sie immer von einem Obermeister genannt - wieder einmal zu besprechen. Als im vorigen Jahre in diesem Betriebe die Arbeitszeit um eine halbe Stunde vergrößert wurde (man arbeitete am Sonnabendnachmittag nicht) und eine kleine Lohnerhöhung in Kraft trat, die aber keineswegs mit der Arbeitszeitvergrößerung in Einklang zu bringen war, da glaubten die Arbeiter, gleich den anderen Betrieben einen Fortschritt gemacht zu haben. Aber weit gefehlt. Der freie halbe Tag ist immer der Direktion ein Dorn im Auge gewesen, und so wurden wiederholt die Arbeiter angegangen, an diesem halben Tage zu arbeiten. Anfangs sollte nur gepulvert werden; jetzt ist es endlich so weit, daß an diesem halben Tage der Betrieb teilweise aufrecht erhalten wird. Was eben in keinem anderen Betriebe in unserem Ort, wo ebenfalls die Arbeitszeit so gezeichnet ist, vorkommt, das wird den Arbeitern in diesem „Musterbetriebe“ geboten. Das ist ein unmöglicher Zustand. Dieses ungesetzliche Verhalten einzuwickeln ist eure Pflicht. Heberstunden wären in diesem Betriebe nicht notwendig, wenn die Beschäftigung eine bessere wäre. Natürlicher, besserer, besseres Material und schlechte Schichtlöhne, das sind keine Nachteile für die Arbeiter. Aus diesen Gründen stehen wir auch die heimischen Arbeiter vor nicht in diesem Betriebe zu kommen. Es müßten deshalb Löhnerhöhungen eintreten, um aus 11 1/2 Pf. auf 12 Pf. zu kommen und die Arbeiter herbeizulocken. Diese geben natürlich ein williges Arbeitsmaterial ab. Nun gibt es in diesem Betriebe eine ganze Anzahl Arbeiter und gelernter Handwerker, wie Zimmerleute, Schlosser usw., die im Stundelohn arbeiten. Diese Arbeiter werden für ihre höhere Arbeit am liebsten bezahlt, was man unter den jetzigen Verhältnissen kaum für möglich halten sollte. Da sind Stundenlöhne von 22 1/2, 23 1/2, 24 1/2, 25 Pf. an der Tagesordnung. Vor kurzer Zeit erst wollte ein Arbeiter diesen Betrag verdienen, in dem er über 12 Jahre lang gearbeitet hat und noch einen Stundenlohn von 27 Pf. erhielt und dabei häufig bei der Arbeit für die Herren Altmeistere 24 Pf. im Stundenlohn erwarb. Einmal wurde er für 25 Pf. im Stundenlohn bezahlt. Aus diesen Angaben ergibt sich, daß die Arbeiter in diesem Betriebe die gleichen Rechte und Arbeitsverhältnisse in diesem Betriebe die gleichen von Arbeitern und Arbeiterinnen in diesem Betriebe, die ihre Kraft die sie in den Dienst der Arbeiterklasse stellen müßten, in

nachlosem Vereinstreben vergenden. Um wieviel leichter wäre es für den Arbeiterausschuß, wenn er eine feste organisierte Arbeiterklasse hinter sich hätte. Es könnten viel mehr Angelegenheiten auf friedlichem Wege erreicht werden, wenn die Betriebsleitung nicht mit der Gleichgültigkeit eines großen Teiles der Arbeiter rechnen könnte. Darum, Kollegen und Kolleginnen, hinein in die Gewerkschaft! Das ist die beste Antwort auf die Verlängerung der Arbeitszeit!

Neustadt a. d. Orla. Ende Oktober wird es ein Jahr, daß durch die Bewegung der Neustädter Textilarbeiter der Forderung der Arbeiterausschüsse Rechnung getragen wurde. Da diese Ausschüsse auf ein Jahr gewählt wurden, ist es an der Zeit, daß sich die Kollegen und Kolleginnen mit der Frage der Neuwahl befassen. Ueber den Zweck des Arbeiterausschusses waren sich aber weder die Arbeiterausschussmitglieder noch die Verbandsmitglieder klar. Viele waren der Meinung, daß die Ausschüsse nur den Zweck hätten, die Arbeiter während der Lohnbewegung bei den Arbeitgebern zu vertreten. Das ist nicht der Fall. Der Arbeiterausschuß soll ständig in der Fabrik vorhanden sein, um die Wünsche und Beschwerden der Arbeiter der Fabrikleitung vorzutragen zu können, z. B. bei Warten auf Material, Schutzvorrichtungen, Beleuchtung usw. Die letztabgehaltene Versammlung der Filiale beschloß, die Ausschüsse zusammenzuberufen, um zu der Frage der Neuwahl Stellung zu nehmen. Es ist direkt notwendig, daß die Arbeiterausschüsse ständig zusammenkommen, um die Leitung der Filiale über die Verhältnisse in den einzelnen Fabriken zu unterrichten. Das Arbeitsfeld für Arbeiterausschüsse ist hier in Neustadt groß genug, denn in allen Fabriken bleibt etwas zu wünschen übrig. Es liegt nun an den Kollegen und Kolleginnen, dafür zu sorgen, daß nur solche Ausschussmitglieder gewählt werden, die sich der Sache der Arbeiter mit Lust und Liebe annehmen. Nach Abschluß der letzten Bewegung sind eine Anzahl Arbeiter schmerzfüchtig geworden. Es wird nun Aufgabe der Organisierten sein, diese zurückzugewinnen und etwas mehr Interesse für die Verbandsaktivität zu bekunden, als wie es der letzte Stiftungstag gezeigt hat. Trost dem Stiftungstag von der Mehrzahl der Kollegen gewünscht wurde und sich die Kommission alle Mühe gab, das Fest so unterhalten wie möglich zu gestalten, fand es doch nicht der vierte Teil der Mühe wert, an dem Fest teilzunehmen. Der Verbandsrat ist dadurch nicht gebiet, daß für diese Feste das Defizit aus der Kasse gedeckt werden muß. Dieses Geld hätte für andere Zwecke bessere Verwendung finden können. Also etwas mehr Aufmerksamkeit für die Zwecke des Verbandes von jedem einzelnen Mitgliede ist dringend notwendig, wenn sich die Verhältnisse in unserem Orte bessern sollen.

Freitag vorwärts zu freudlichem Kampf!
Nowawes I. In unserer letzten Mitgliederversammlung referierte Kollege Kolye über das Thema: „Wie entfalten wir in Zukunft unsere Agitation?“ Seine Darlegungen fanden allgemeinen Beifall.

Delantz i. B. Am 12. September tagte unsere Filialversammlung im „Norddeutschen Hof“. Außer einigen drilischen Angelegenheiten beschäftigte man sich auch mit dem sehr erfreulichen Bericht der sächsischen Fabrikinspektion. Im allgemeinen zeigen diese Berichte der Fabrikinspektion, daß sich diese Beamten viel zu sehr auf die Seite der Arbeitgeber hingezogen fühlen. Obgleich der Bericht besagt, daß z. B. im Bezirke Rauen 497 Unternehmer und nur 4 (vier) Arbeiter im Bureau des Inspektors vorkommen, ist derselbe doch nicht dazu angetan, das bis jetzt bestehende Mißtrauen der Arbeiterklasse zu den Fabrikinspektionen zu zerstreuen. Fühlten sich diese doch sogar bemüht, in ihrem Bericht auf die vielen unnötigen Ausgaben jugendlicher Arbeiter hinzuweisen; vielleicht soll dies veranschaulicht, wie das Geld in der Arbeiterklasse entfliehe. Was die Unternehmer mit den Summen anfangen, welche sie den Arbeitern in Form zu niedriger Entlohnung, Ersatzlohn usw. vorzuzahlen, darüber scheinen keine Ermittlungen angestellt worden zu sein.

Dagegen scheinen manche Inspektoren oder doch Inspektoren ihren Zweck darin zu erblicken, die Harmoniebedeufel unter der Arbeiterklasse nach Kräften zu fördern. So wird als besonderer Erfolg von der betreffenden Beamten aus Crimmitschau berichtet, daß auf ihre Anregung dorfselbst eine Vereinigung von Frauen und Mädchen gegründet wurde, welche dem als Strafbrecherorganisation bekannten „Nationalen Arbeiter-Unterstützungsverein“ angeschlossen wurde.

Auf einen Punkt des Berichts der Inspektion des Blawener Bezirks möchten wir noch eingehen. Es wird betont, daß einige Unfälle in Textilbetrieben durch das Fehlen von Schützenfänger verursacht wurden und die Arbeiter diese Schutzvorrichtungen vernichten, wegnehmen oder unbrauchbar machen.

Vor allem möchte einmal festgestellt werden, ob überall, wo sich diese Einrichtung nötig macht, der Platz dazu vorhanden ist? Die Stühle stehen meist so eng, daß es dem Arbeiter kaum möglich ist, dazwischen durchzukommen, was aber zur Bedienung des Stuhles unbedingt notwendig ist. Wo soll da der Schützenfänger angebracht werden? Man muß annehmen, daß solche Bemerkungen auf Unternehmer zurückzuführen sind, welche für die Unfälle in ihren Betrieben zur Verantwortung herangezogen wurden.

Der gesamte Bericht ist ein neuer Beweis dafür, daß die Neidlosigkeit der Fabrikinspektion eine völlig ungenügende ist. Im Regierungsbezirk B i o t a u wurden von 6982 Betrieben nur 2278 revidiert, das sind ganze 33 Prozent. Die Mehrzahl der Betriebe wird also kaum ein einziges Mal im Jahre besucht. Ihr der Inspektor einmal dazwischen, kommt er unter einem Jahre gewöhnlich nicht wieder. Was kann sich aber nicht alles in diesen 800 Arbeitstagen ereignen?

Wir müssen aus dem Berichte leider erkennen, daß wir nicht hoffen dürfen, daß die Fabrikinspektion aus eigenem Antrieb dazu beitragen möge, die vielen in hiesigen Betrieben bestehenden Mißstände abzuschaffen. Aber die Arbeiter fordern wir auf, alle Mißstände zu melden. Vielleicht gelingt es uns dadurch, die Inspektion zu regerer Tätigkeit auf diesem Gebiete anzuapornen.

Wir dürfen uns nicht entmutigen lassen, sondern müssen stets auf alle Mißstände hinweisen. Eine grundlegende Veränderung wird natürlich erst dann eintreten, wenn unsere Forderung, vollständige Arbeiter zu dieser Tätigkeit heranzuziehen, erfüllt sein wird. Die Kollegen, welche sich nicht direkt an die Fabrikinspektion wenden wollen, fordern wir auf, alle Mißstände sofort in unserer Filiale zu melden.

Betreffs des Besuchs der Versammlungen wurde die Gleichgültigkeit der Kollegen scharf getadelt; von Logitzberg war überhaupt niemand amiesend.

Weiter wurde auf die am 8. Oktober stattfindende öffentliche Versammlung hingewiesen, in welcher Fraulein Gewehr aus Elberfeld referieren wird. Die Kollegen mögen für zahlreichem Besuch agitieren.

Wittgenborf. Einen Beitrag zum Kapitel der Arbeitermishandlung lieferte vor Kurzem der Chef eines hiesigen Strickerei, Herr Bierbaum. Er traktierte einen 17-jährigen Arbeiter mit Maultaschen und anderen „Wochenwunderlichkeiten“, weil dieser sich erlaubt hatte, bei der Mücherei von einem Gange für die Stricker den Weg durch ein Fenster anstatt durch die Türe zu nehmen.

Literatur.

Von Ernst bis Stuttgart. Eine Lebens- und Reifezeit an dem internationalen Sozialistengesetz zu Stuttgart 1907, 20 Seiten mit 41 Illustrationen. Verlag Buchhandlung Oberndorfer, Berlin-SW. 68. Preis 0,20 Pf. Was der reifen Mäße der Textilarbeiterklasse nennen wir: Der Sieg der internationalen von Franz Wehring. Die Kongressstadt und ihr Parteilosen von G. E. Erbeleke des internationalen Kongressfestes von Dora B. Walleflore. „Sittlichen und Stuttgart“ von Leo Deutsch. „Der Internationalismus der Gewerkschaften“ von Staret, Wien.

Ferner enthält die Schrift Beiträge von Karsti, Wandervelde, Ferri, Krew und anderen. Die Illustrationen stellen neben den Porträts und Abbildungen hervorragender Führer der sozialistischen Internationalen Gruppenbilder einzelner Delegationen und des Massenmeetings auf dem Stuttgarter Basen, ein Bild der Gründungsversammlung usw. dar. Wir empfehlen die Schrift als ein Gebensblatt an die Tagung des ersten internationalen Sozialisten-Kongresses, der auf deutschem Boden stattgefunden hat. Zu beziehen ist die Schrift durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporteurs.

Bekanntmachungen.

Zentralvorstand.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf dem Postanweisungsbefehl anzugeben. Jede Sendung muß mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sein. Dasselbe wird hinsichtlich aller anderen Sendungen an den Vorstand wie auch an die Redaktion verlangt. Alles für diese Bestimmung muß auch von der übrigen Sendung getrennt gehalten sein. Ueber 20 Gramm schwere Inlandbriefe müssen mit 20 Pf. frankiert werden.

Unsere Ortsverwaltungen zur Nachricht, daß wir vom 1. Oktober 1907 ab für die italienischen Textilarbeiter, welche Mitglieder unseres Verbandes sind und nicht deutsch lesen können, die italienische Textilarbeiterzeitung liefern.

Obgleich diese Zeitung monatlich nur einmal erscheint, wird es unseren italienischen Mitgliedern doch lieber sein, eine Zeitung zu erhalten, durch die sie über die Vorgänge in der Textilindustrie in ihrer Sprache und darum besser unterrichtet werden können.

Die Ortsverwaltungen müssen uns nun sofort angeben, wieviel italienische Zeitungen sie brauchen und an welche Adresse diese gesandt werden sollen. Jede Bestellung ist nur an den Verbandsvorstand in Berlin zu richten.

Gauverwaltungen.

Gau Süd. Die Agitationstour mit Frau Wosse-Dremsen als Referentin beginnt am 2. September. Thema ist in allen Versammlungen: „Die deutsche Textilarbeiterklasse im Kampfe um das Dasein und die Stellung der Frau in der Industrie.“ Die Versammlungen finden in folgender Reihe statt:

- Wöfingen: Samstag, den 28. September.
- Tailfingen: Sonntag, den 29. September.
- Ubingen: Montag, den 30. September.
- Ualingen: Dienstag, den 1. Oktober.
- Neuhingen: Mittwoch, den 2. Oktober.
- Lutzingen: Donnerstag, den 3. Oktober.
- Wollmatingen: Freitag, den 4. Oktober.
- Schiltach: Samstag, den 5. Oktober.

Kollegen! Die Veröffentlichung findet so frühzeitig statt, damit in allen Orten die Vorbereitungen sorgfältig getroffen werden können. Bezüglich der Flugblätter und Plakate bemerke ich auf das Minderstehen vom 24. Juli. Kollegen, tut überaus gute Pflicht! Seht Euer bestes Können ein, damit die Anstrengungen der Agitation auch für den Verband lohnend werden.

Der Gauoberrhein.

J. U. Karl Schrader.

Gau der sächsischen Oberlausitz. Die Agitationstour von Fraulein Gabelt aus Berlin findet in der Zeit vom 2.-20. September statt. Das Thema in sämtlichen Versammlungen lautet: „Das Erwerbs- und Familienleben in der heutigen Gesellschaft.“ Die Versammlungen finden in folgender Weise statt:

- Gainsberg: Sonnabend, den 28. September.
- Sebnitz: Sonntag, den 29. September.

Kollegen und Kolleginnen! Es ist Pflicht von Euch tüchtig für die Versammlungen zu agitieren.

Der Gauleiter: M. Link.

Neugersdorf, Ritterstraße 274 D

Gau Vogtland. Eine größere Agitationstour wird ab 21. September 1907 in unserem Gau stattfinden. In allen Orten finden öffentliche Versammlungen statt, in welchen die Genossen Biele, Gamburg oder Fraulein Gewehr-Eberfeld sprechen werden. Das Thema lautet: „Die deutsche Textilarbeiterklasse im Kampfe um das Dasein und die Stellung der Frau in der Industrie.“

Die Versammlungen finden in folgender Reihenfolge statt:

- Leubnitz: Sonnabend, den 28. September.
- Langensfeld: Sonntag, den 29. September.
- Ellesfeld: Sonntag, den 29. September.
- Auerbach: Montag, den 30. September.
- Rallenstein: Dienstag, den 1. Oktober.
- Adorf: Mittwoch, den 2. Oktober.
- Delantz: Donnerstag, den 3. Oktober.
- Wahlau: Freitag, den 4. Oktober.
- Treuen: Sonnabend, den 5. Oktober.
- Reichslau: Sonntag, den 6. Oktober.
- Blauen: Montag, den 7. Oktober.
- Gof: Dienstag, den 8. Oktober.
- Schwarzenbach a. d. S.: Mittwoch, den 9. Oktober.
- Münchberg: Donnerstag, den 10. Oktober.
- Helmrechts: Freitag, den 11. Oktober.
- Wahrenth: Sonnabend, den 12. Oktober.
- Aulmühl: Sonntag, den 13. Oktober.
- Gefrees: Montag, den 14. Oktober.
- Markt-Rehwitz: Dienstag, den 15. Oktober.
- Wand: Mittwoch, den 16. Oktober.
- Munsfeld: Donnerstag, den 17. Oktober.
- Oberkottau: Freitag, den 18. Oktober.
- Ralla: Sonnabend, den 19. Oktober.
- Rausa: Sonntag, den 20. Oktober.
- Elsterberg: Montag, den 21. Oktober.
- Meerane: Dienstag, den 22. Oktober.
- Glauchau: Mittwoch, den 23. Oktober.
- Edmühl: Donnerstag, den 24. Oktober.
- Crimmitschau: Freitag, den 25. Oktober.
- Erzgebirgs-Gau: Sonnabend, den 26. Oktober.
- Meerane: Sonntag, den 27. Oktober.

Kollegen, Kolleginnen! Es ist nun eure Pflicht, in eine kräftige Agitation für die Versammlungen einzutreten, damit dieselben durch Massenbesuch sich auszeichnen und ein guter Erfolg erzielt wird.

Darum auf zur Agitation!

Der Gauleiter.

Gugo Dreißel, Reichensbach i. V., Beifstr. 8.

Gau Chemnitz-Größe. Die Agitationstour von Frau Dieb, Berlin, beginnt am 6. Oktober und dauert bis zum 21. November. Die Themen, über welche die Referentin spricht, lauten: 1. „Arbeiter- und Unternehmerverbände.“ 2. „Die Textilarbeiterklasse und die Arbeiterklasse.“ 3. „Die wirtschaftlichen Lage zu freiden?“ und 4. „Einiges über den Wert der Fabrikinspektionen.“ Die Versammlungen finden in folgender Reihenfolge statt:

- Sonnabend, den 6. Oktober, in Ruhdorf.
- Sonntag, den 6. Oktober, in Rangenberg.

